Nr. 95. Halle a. S., Mittwoch den 24. April 1901. 12. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsvers. Sammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7590.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr 21, Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21, Hof part. r.

Zur Maifeier 1901.

Arbeiter! Brüder! Wieder naht er, der Feiertag, der einzige Feiertag des Proletariats. Rüstet Euch, ihn würdig zu empfangen und ihn seiner Bedeutung angemessen zu begehen.

Gerade in diesem Jahre ist es Pflicht der um ihre Freiheit ringenden Arbeiterschaft, ihren

Weltfeiertag

hochzuhalten, damit jene hämischen und boshaften Stimmen verstummen müssen, die behaupten, daß die Begeisterung für

das Frühlingsfest der Arbeit

verflogen und erkaltet sei. Zeigt Euren Gegnern, die Euch so gerne in ewiger Knechtschaft erhalten, Euch um den Lohn Eurer Arbeit betrügen möchten, **daß noch die alten Ideale Euch beseelen, daß Ihr noch dem alten Ziele, der Befreiung von der Tyrannenherrschaft des Kapitals, entgegenstrebt.**

Wer wollte leugnen, daß in diesem Jahre der Himmel für eine große Zahl der Arbeiter von trüben Wolken bedeckt ist? Dunkle reaktionäre Gewalten drohen mehr den je jeden aufkeimenden Freiheitstrieb zu ersticken. Eine kleine, in ihren Ansprüchen unersättliche Klasse sucht das kärgliche Stück **Brot der Armen noch teurer zu machen.** Eine in's Uferlose gehende, abenteuerliche **Weltpolitik** hat die wirtschaftliche Entwickelung und damit die Lage des Arbeiters in große Gefahren gebracht.

Arbeiter! Laßt Euch durch alle diese widrigen Umstände nicht entmutigen. Zeigt, daß Ihr Euch nicht in sklavischer Demut jenen Klassen ausliefern wollt, die zur Zeit die Geschicke des Volkes bestimmen. Seid Männer und beweist es dadurch, daß Ihr den diesjährigen

1. Mai

so imponierend und achtunggebietend feiert, wie es Euch nur immer möglich ist, in ungebrochener Kraft, in unerschütterlicher Hoffnung.

Verhaltet Ihr Euch in diesem Sinne, dann tretet Ihr auch für die wichtigste der Maiforderungen, den

achtstündigen Arbeitstag

in nachdrücklichster Weise ein. Daß diese Forderung schon an die heutige kapitalistische Gesellschaft gestellt werden kann und im Interesse des geistigen und leiblichen Wohles der Arbeiter gestellt werden muß, zeigt gerade in jüngster Zeit der Umstand, daß in Frankreich durch einen Minister in zahlreichen staatlichen Betrieben die verkürzte Arbeitszeit eingeführt worden ist. Dasselbe ist bei einem großen industriellen Unternehmen in unserer Nähe der Fall. Je energischer Ihr mit aller Kraft und mit allen Mitteln für diese Forderung eintretet, desto eher werdet Ihr ihrer Segnungen teilhaftig werden.

Wo immer sich also die Möglichkeit bietet, feiert den Tag des Proletariats durch

Arbeitsruhe.

Seid stark in dem Bewußtsein, daß die klassenbewußten Arbeiter aller Länder mit Euch einstimmen in den Ruf:

Hoch der 1. Mai! Hoch der Weltfeiertag der Arbeit!

Leo Tolstoi und der Militarismus.

In seinem jüngst erschienenen Aufruf an die Menschheit*) schreibt Graf Leo Tolstoi:

Die Gesetze, die angeblich den Besitz schützen, sind Gesetze, die nur den festen Besitz, der sich schon in den Händen der Reichen befindet, schützen, die Arbeiter aber, die kein anderes Eigentum haben als ihre Arbeit, schützen sie nicht nur nicht, sondern protegieren auch noch die Exploitierung dieses einzigen Besitzes der Arbeiter.

Wir sehen eine unendliche Zahl von Administratoren: den König, seine Brüder und Onkel, Minister, Richter, geistliche Personen, die riesige, dem Volke abgenommene Gehälter beziehen und nicht einmal jene leichten Pflichten erfüllen, die zu erfüllen sie für diesen Lohn übernommen haben. Und daher sollte man meinen, daß diese Menschen ihre dem Volke abgenommenen Gehälter nehmen; es kommt aber doch niemand in den Sinn, sie dafür vors Gericht zu ziehen.

Wenn aber ein Arbeiter sich einen Teil des von diesen Menschen bezogenen Geldes oder irgend welche, von diesem Gelde gekaufte Gegenstände zu nutze macht, so heißt es, daß er das heilige Gesetz des Eigentums übertreten habe und er wird für die paar Groschen, die er genommen, gerichtet, ins Gefängnis gesetzt, deportiert.

Der reiche Fabrikant verpflichtet sich, dem Arbeiter einen Lohn zu zahlen, der für ihn, den Fabrikanten, nur ein Zehnmillionstel seines Vermögens, d. h. fast ein Nichts ausmacht, der Arbeiter aber verpflichtet sich, durch die Not gezwungen, im Laufe des Jahres (mit Ausnahme der Feiertage) täglich eine zwölfstündige gesundheitsschädliche Arbeit zu verrichten, d. h. an den Fabrikanten den größten Teil seines Lebens, wenn nicht das ganze Leben, zu geben; und die Regierung schützt in gleicher Weise sowohl den einen, als auch den anderen Besitz.

Der Fabrikant nimmt offenbar auf diese Weise jahrein, jahraus von dem Arbeiter mehr als die Hälfte seines Verdienstes und eignet sich denselben an. Man sollte glauben, daß er dafür zur Verantwortung gezogen werden müßte. Die Regierung aber hält den auf diese Weise erworbenen Besitz des Fabrikanten für ein Heiligtum, während sie den Arbeiter, der unter dem Rock zwei Pfund Kupfer mitnimmt — ein Millionstel des Besitzes des Fabrikanten — straft.

Versuche es nur ein Arbeiter, den Reichen einen Teil dessen, was sie ihm gesetzmäßig abgenommen haben, zu entreißen, wie das zuweilen bei Judenhetzen geschieht; versuche es nur ein Arbeiter, wenn er hungrig ist, jenes Brot zu nehmen, das die Reichen, sich die Hungersnot zu nutze machend, ihm zu teueren Preisen verkaufen, wie das kürzlich in Mailand geschah; versuche es nur ein Arbeiter, durch Streik auch nur einen Teil dessen, was ihm abgenommen ist, wieder zu nehmen — er verletzt das heilige Eigentumsrecht und die Regierung kommt mit ihrem Heer sofort dem Grundbesitzer, dem Fabrikanten, dem Kaufmann gegen den Arbeiter zu Hilfe.

So hat denn jenes Recht, auf das die Reichen ihren Grundbesitz, die Erhebung von Steuern und den Besitz der Erzeugnisse fremder Arbeit gründen, mit der Gerechtigkeit nichts gemein und basiert nur auf der durch das Heer erreichten Gewalt. . . . . .

Versuche nur der Arbeiter das Land zu pflügen, das er zu seiner Ernährung braucht, oder sich der Zahlung der direkten oder indirekten Steuern zu entziehen, oder versuche er, sich die von ihm selbst erzeugten Getreidevorräte anzueignen oder die Produktionswerkzeuge, ohne die er nicht arbeiten kann, — es wird Militär erscheinen und ihn mit Gewalt daran hindern.

So daß die Annektierung des Bodens, die Erhebung der Steuern, die Macht der Kapitalisten nicht die Grundursache der elenden Lage der Arbeiter bilden, sondern nur eine Folg Die Grundursache dessen, daß Millionen von Arbeitern nach dem Willen der Minderheit leben und arbeiten, besteht nicht darin, daß diese Minderheit den Boden und die Produktionswerkzeuge annektiert hat und Steuern erhebt, sondern darin, daß sie das thun kann, daß es eine Gewalt giebt, daß ein Heer existiert, welches sich in den Händen der Minderheit befindet und bereit ist, diejenigen zu töten, die sich weigern, den Willen dieser Minderheit zu erfüllen.

Wenn die Bauern sich des Bodens bemächtigen wollen, der für das Eigentum eines nichtarbeitenden Menschen gilt, oder wenn ein Mensch seine Steuern nicht zahlt, oder wenn die streikenden Arbeiter die Streikbrecher daran hindern wollen, ihre Plätze einzunehmen, so erscheinen jene nämlichen Bauern, denen das Land abgenommen worden war, jene nämlichen Steuerzahler und Arbeiter, nur in Uniform und mit Flinten bewaffnet, und zwingen ihre nicht uniformierten Brüder, das Land herauszugeben, die Steuern zu zahlen, den Streik aufzugeben.

Wenn man sich dessen zum erstenmal bewußt wird, so glaubt man sich selbst nicht, so seltsam ist diese Erscheinung.

Die Arbeiter wollen sich befreien und dieselben Arbeiter zwingen sich selbst, sich zu unterwerfen und in der Sklaverei zu verbleiben.

Warum thun sie denn das?

Sie thun es darum, weil die zu Soldaten gemachten oder geworbenen Arbeiter einer so geschickten Prozedur der Verdummung unterworfen werden, daß sie nach derselben nicht anders können, als blind ihren Vorgesetzten zu gehorchen, was auch von ihnen verlangt würde.

Es geschieht auf folgende Weise:

Es wird ein Knabe auf dem Lande oder in der Stadt geboren. Sobald dieser Knabe jenes Alter erreicht, wo die Kraft, Geschicklichkeit und Biegsamkeit ihre höchste Stufe erlangen,

*) Uebersetzt von Wladimir Czumikow. Verlag von Eugen Diederichs, Leipzig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010424-18/fragment/page=0001

während die seelischen Kräfte sich noch in dem verworrensten, unbestimmtesten Zustande befinden, also etwa im Alter von zwanzig Jahren, wird er (in allen kontinentalen Staaten) zum **Militärdienst** herangezogen, wie ein Arbeitsvieh besichtigt, und **wenn** er physisch gesund und stark ist, je nach der Brauchbarkeit, irgend einer Heeresabteilung zugewiesen. Man zwingt ihn, feierlich zu beschwören, daß er sklavisch seinen Vorgesetzten gehorchen wird, entfernt ihn dann von seinen früheren Lebensbedingungen, giebt ihm Schnaps oder Bier zu trinken, kleidet ihn in eine bunte Tracht und sperrt ihn zusammen mit ebensolchen Burschen in eine Kaserne, wo ihm unter völligem Müssiggang (d. h. ohne daß er irgend eine nützliche, vernünftige Arbeit thut), die unsinnigsten militärischen Regeln und Namen von Dingen und die Handhabung von Mordwaffen: Säbeln, Bajonetten, Flinten, Kanonen gelehrt werden. Vor allem aber wird ihm ein nicht nur widerspruchsloser, sondern auch einfach mechanisch-reflektorischer Gehorsam den Vorgesetzten gegenüber gelehrt.

So geschieht es in den Staaten, in denen die allgemeine Wehrpflicht existiert. In den anderen Ländern aber suchen speziell dazu angestellte Leute überall verbummelte, sich durch ehrliche Arbeit nicht zu ernähren wünschende oder nicht verstehende, meistenteils immoralische, aber starke Menschen auf, machen sie trunken und bestechen sie, werben sie dann fürs Heer an, sperren sie ebenso in Kasernen und unterwerfen sie demselben Drill.

Die Hauptaufgabe der Vorgesetzten besteht darin, diese Menschen bis zu dem Zustande jenes Frosches zu bringen, der bei jeder Berührung unwidersteblich mit dem Beine zuckt. Ein guter Soldat ist der, der ebenso wie dieser Frosch auf einen gewissen Schrei des Vorgesetzten unbewußt mit der verlangten Bewegung reagiert. Erreicht wird dieses dadurch, daß man diese unglücklichen Menschen in gleiche bunte Kleidung steckt, im Verlauf von Wochen, Monaten, Jahren zwingt, beim Rasseln der Trommeln und den Tönen der Musik zu gehen, sich zu wenden, zu springen und alles zugleich und auf Kommando zu thun. Für jede Zuwiderhandlung aber bestraft man sie mit den grausamsten Strafen, sogar mit dem Tode. Dabei werden Trunk, Unzucht, Müßiggang, Schimpfreden und Mord nicht nur nicht verboten, sondern sogar organisiert: man giebt den Soldaten Schnaps, richtet für sie Bordelle ein, lehrt sie unanständige Lieder und unterrichtet sie im Morden. (Der Mord gilt in diesen Kreisen so sehr für eine gute und löbliche That, daß in gewissen Fällen die Vorgesetzten von den Offizieren verlangen, daß diese ihren Freund töten: die sogenannten Duelle.) Und so wird ein stiller, sanfter Junge, nachdem er in einer solchen Schule etwa ein Jahr verblieben (unter einem Jahr ist der Soldat noch nicht fertig, d. h. noch nicht frei von allen menschlichen Gefühlen), zu dem, was man aus ihm machen wollte — zu einem sinnlosen und grausamen, mächtigen und schrecklichen Werkzeug der Vergewaltigung in den Händen seiner Vorgesetzten.

Jedesmal, wenn ich im Winter an dem kaiserlichen Palais in Moskau vorübergehe und dort bei dem Schildhäuschen einen jungen Posten stehen sehe im schweren Pelz und in großen Galoschen, auf der Schulter das neueste Gewehrmodell mit geschliffenem Bajonett, stillstehend oder auf und ab gehend, — blicke ich ihm in die Augen. Und jedesmal kehrt er sich ab von meinem Blicke und jedesmal denke ich: vor ein oder zwei Jahren noch war er ein lustiger Bauernbursche, harmlos und gutmütig, der heiter mit mir in guter russischer Sprache zu sprechen begonnen hätte, mir in dem Bewußtsein seiner Bauernwürde seine ganze Geschichte erzählt hätte, — jetzt aber sieht er mich böse und finster an und versteht nur auf alle Fragen sein „zu Befehl" zu antworten. Wenn ich — wozu ich immer versucht bin — mich jener Thür, an der er steht, nähern, oder nach seiner Flinte fassen würde, so würde er mir, ohne sich auch nur einen Augenblick zu bedenken, sein Bajonett in den Magen treiben, würde es darauf aus der Wunde ziehen, es abwischen und dann fortfahren, mit den Galoschen schlurfend auf dem Asphalt auf und ab zu gehen, bis die Ablösung käme und ihm die Parole und Losung ins Ohr flüsterte. Und solcher giebt es nicht nur einen, denke ich. Solcher, zu Maschinen gemachter, mit Flinten bewaffneter Burschen — fast noch Kinder — giebt es in Moskau allein Tausende, Millionen in ganz Rußland und in der ganzen Welt. Man hat diese, nicht gescheiten, aber starken und gewandten Burschen genommen, sie demoralisiert und bestochen, und herrscht nun, dank ihnen, über die ganze Welt.

Das ist doch schrecklich.

Schrecklich ist es, daß schlechte, müßige Menschen, dank diesen betrogenen Burschen, im Besitze all jener Paläste und des auf verbrecherische Weise erworbenen Reichtums d. h. der Arbeit des ganzen Volkes sind. Aber am schrecklichsten ist dabei, daß sie, um dieses zu vollführen, jene schlichten, gutmütigen Burschen bestialisieren müssen und das schon zum Teil erreicht haben.

Möchten jene, die im Besitze der Reichtümer sind, diese selbst schützen. Das wäre nicht so widerwärtig. Aber schrecklich ist, daß sie, um die Menschen zu berauben und um ihren Raub zu schützen, dazu die Beraubten selbst gebrauchen und zu diesem Zwecke ihre Seelen demoralisieren.

So brutalisieren denn die Arbeiter-Soldaten ihre eigenen Brüder, die Arbeiter, darum, weil es ein Mittel giebt, aus Menschen ein bewußtloses Werkzeug des Mordes zu machen, und weil die Regierungen dieses Mittel gegenüber den eingezogenen und geworbenen Soldaten gebrauchen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 23. April 1901.

Der Reichstag

hatte sich gestern mit einem neuen Liebesgaben-Gesetz zu beschäftigen, das unsere wie immer mutig zurückweichende Regierung nach anfänglichem Widerstreben auf agrarische Ordre vorgelegt hat: mit dem Süßstoffgesetz, das gemeinhin als das Saccharingesetz bezeichnet wird. Es handelt sich darum, zu gunsten des Zuckerringes die Saccharinproduktion wenn nicht gerade totzuschlagen, so doch mindestens den einengendsten Bestimmungen und der denkbar höchsten Belastung zu unterwerfen. Der Erfolg der Vorlage wird, wenn sie Gesetz werden wird, der sein, daß der Preis des Saccharin, das der armen Bevölkerung bisher ein willkommener Ersatz für den Zucker gewesen ist, außerordentlich in die Höhe geschraubt werden wird. Eben das wollen ja aber auch die Agrarier, deren extremste Vertreter, wie Dr. Rösicke-Kaiserslautern und Dr. Oertel, sogar bedauerten, daß die Regierung nicht kurzer Hand zum Verbot der Saccharinproduktion geschritten ist. Die anderen Agrarier, wie Graf Kanitz und Paasche, wollen sich vorab gütigst mit der jetzigen Vorlage begnügen, ohne indessen die Hoffnung aufzugeben, bei der Kommissionsberatung weitere „Verbesserungen", d. h. Verschlechterungen für die Konsumenten einfügen zu können. Nicht ganz zufrieden mit der Vorlage scheint das Zentrum zu sein, dessen Wortführer Speck mit einem heiteren, einem nassen Auge sich über den Entwurf äußerte: In seiner Brust scheinen zwei Seelen miteinander zu ringen, die ihm innewohnende Zollwut **hadert mit der nun einmal nötigen Rücksicht auf die Konsumenten-Wähler.**

Die Linke erklärte sich gegen den, von dem vor den Agrariern zu Kreuze gekrochenen Schatzsekretär v. Thielmann verteidigten Entwurf. Sowohl Eickhoff von der Freisinnigen Volkspartei, wie Schrader von der Freisinnigen Vereinigung bekämpften das Gesetz, dem indessen keiner so energisch zu Leibe ging, wie Genosse Wurm. Er wies schlagend nach, daß es sich um nichts als um eine neue Liebesgabe an die Zuckerproduzenten handele, daß dagegen der finanzielle Erfolg des Gesetzes **gleich Null** sein werde, weil das, was die Besteuerung der Süßstoffe bestenfalls einbringen möchte, durch die Kosten der Kontrolle vollauf verschlungen werden wird. — Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Heute steht die erste Lesung des neuen Branntweinsteuergesetzes auf der Tagesordnung.

Die Kanalkommission setzte gestern die am Sonnabend abgebrochene Beratung über den Mittellandkanal und zwar wiederum über die finanzielle Seite der Frage fort. Freiherr von Zedlitz bekämpfte die Vorlage aufs schärfste und erklärte, die Ablehnung der Vorlage in der vorliegenden Gestalt sei zweifellos. Zur Annahme könne sie nur bei einem Kompromiß gelangen, das Minister von Thielen sofort für annehmbar erklärte. Die Regierung erkenne, so führte dieser aus, in dem Mittellandkanal das wichtigste Stück der Vorlage und halte ebenso am Bau der Emscherlinie fest. Abg. v. Cynern erwiderte auf die Darlegungen des Herrn v. Zedlitz, **daß bei Ablehnung des Mittellandkanals kein Abgeordneter aus den Industriebezirken des Westens im Reichstage für den erhöhten Zoll stimmen werde.**

Das Ehrgefühl der Postunterbeamten. Nach dem Deutschen Postboten hat der Staatssekretär des Reichspostamts vor kurzem folgenden Erlaß an die kaiserlichen Oberpostdirektionen gerichtet: „Es ist neuerdings zur Sprache gekommen, daß im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung zuweilen Beamte, namentlich jüngere, im dienstlichen Verkehre nicht genügend Rücksicht auf das Ehrgefühl der Unterbeamten nehmen und es grundsätzlich unterlassen, diese mit „Herr" anzureden. Wenn ich im Hinblick auf das bestehende gute Verhältnis der Beamten zu den Unterbeamten auch davon absehen kann, bestimmte Vorschriften über die äußere Form des dienstlichen Verkehrs mit Unterbeamten zu erlassen, so habe ich mich doch in der Sitzung des Reichstages am 21. Februar d. J. veranlaßt gesehen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich erwarte, daß die kaiserlichen Oberpostdirektionen im Sinne meiner dort abgegebenen Erklärung dahin wirken werden, daß die Beamten, wie in ihrem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten überhaupt, auch den Unterbeamten gegenüber unbedingt angemessene Formen beobachten und alles vermeiden, was den Unterbeamten berechtigten Grund zum Klagen geben könnte.

(gez.) v. Podbielski."

Der Dreschgraf verhaftet. Graf Pückler, der bekannte antisemitische Agitator, welcher sich gestern vor der 5. Strafkammer des Dresdener Landgerichts wegen Vergehens gegen § 133 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten) verantworten sollte, erschien trotz der an ihn legal ergangenen Ladung nicht zum Termin. Das Gericht beschloß deshalb, gegen ihn einen Haftbefehl zu erlassen.

Ausland.

Oestreich. Die Hoffnung der östreichischen Bergarbeiter auf endliche Gewährung des Achtstundentages soll sich wieder nicht erfüllen. In dem sozialpolitischen Ausschuß des Parlaments ist die kapitalistische Engherzigkeit und Klassenselbstsucht so stark vertreten, daß die angestrengten Bemühungen der Sozialdemokraten und einiger anderer einsichtiger Sozialpolitiker machtlos dagegen ist. Der Ausschuß hat denn auch von vornherein abgelehnt, den Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Cingr, der selbst Bergmann ist, zur Grundlage seiner Beratungen zu nehmen. Und am Donnerstag wurde nach einer längeren Debatte über die Schichtdauer der betreffende Artikel nach der Regierungsvorlage angenommen, nach der die Schichtdauer bei den beim Kohlenbergbau in der Grube beschäftigten Arbeitern neun Stunden täglich nicht übersteigen darf.

Das gilt für viele Bergarbeiter in Oestreich schon heute und durch den Beschluß wird also nur wenig geändert.

Frankreich. Am Sonntag fand in Monceau les Mines eine Kundgebung der Ausständigen statt, die äußerst imposant verlief, jedoch durch einen Zwischenfall gestört wurde. Ein früherer nationalistischer Kandidat für die Kammer, Combejean, wurde, weil er feindliche Rufe gegen die Ausständigen ausgestoßen hatte, von den Arbeitern mißhandelt. Er erhielt einen Stockhieb, der ihn zu Boden streckte.

Schweiz. Krupp in der Schweiz. Vor kurzem wurde berichtet, daß die Schweiz für 17½ Millionen Franken neue Kanonen, und zwar solche Kruppscher Konstruktion anschaffen wolle. In militärischen Kreisen stieß dieser Plan auf vielseitigen und heftigen Widerspruch. Die Berner Tagwacht bringt nun in die geheimnisvolle Geschichte der Einseitigkeit bei den Versuchen und der Raschheit des Entschlusses und Beschlusses zu gunsten Krupps Licht. Danach ist der Generalvertreter der Kruppschen Kanonenfabrik für die republikanische Schweiz und das monarchische Italien der schweizerische Oberst Grezßly, gewesener Chef der technischen Abteilung der eidgenössischen Kriegsmaterialverwaltung und heute noch Mitglied der eidgenössischen Befestigungskommission. „Herr Oberst Grezßly", schreibt unser Berner Parteiblatt, „im Volksmund seiner unglaublichen Tüchtigkeit wegen unter dem Namen „General Gräßlich" bekannt, arbeitet, wie die Thatsachen beweisen, nicht schlecht für seinen Herrn und Meister, den Kanonenkönig Krupp. Herr Grezßly hält es auch mit der Ehre eines schweizerischen, republikanischen Offiziers vereinbar, für das monarchische Italien im Sode seines Herrn in neuen Kanonen den Handelskommis zu machen."

Bis jetzt hat Krupp noch nicht die Lieferung der Kanonen, wohl aber die von 5000 Shrapnellgeschossen von der eidgenössischen Militärverwaltung übertragen erhalten.

Italien. Trotz aller gegenteiligen Meldungen dauert der Streik der Hafen- und Schiffsarbeiter in Genua in ungeminderter Stärke fort.

Auf den Rat des sozialistischen Abgeordneten Bissolati beschloß die Arbeiterschaft, das Schiedsgericht der Regierung anzurufen.

Asien. Die russische Nowoje Wremja erfährt via Wladiwostok aus Söul: In dem Prozeß gegen die wegen eines Planes zum „Umsturze der Regierung", sowie der Entführung der Geliebten des Kaisers von Korea angeklagten Würdenträger ist folgendes Urteil gefällt: Der Justizminister Kimiontschjuan wurde zum Erhängen verurteilt, sein Gehilfe, Minkionjaka, zu 15 Jahren Zwangsarbeit, der General Tschuchenmen zu lebens**länglicher Zwangsarbeit, die übrigen wurden freigesprochen.** Kimiontschjuan hat sie mir angegeben, um den furchtbaren Folterqualen zu entgehen.

Australien und Südseeinseln. Laut einem Telegramm aus Cooktown in Australien ist der Gelehrte Menke aus Hannover, der Leiter einer zur geographischen und naturwissenschaftlichen Erforschung der Südseeinseln ausgerüsteten Expedition, sowie ein dort ansässiger Weißer, Namens Caro, bei Sankt Matthias, einer der Maguarieninseln (südlich von Neuseeland), von Eingeborenen ermordet worden. Der Schiffsarzt des Dampfers „Eberhardt", Dr. Heinrich, und der Seemann Krebs sind verwundet. Die bisher erfolgreiche Expedition geht über Brisbane an der Ostküste von Australien nach Matupi im deutschen Bismarck-Archipel weiter.

England. Von dem englischen bekannten Reitergeneral French wurde vor einiger Zeit behauptet, er sei von den Buren gefangen genommen worden. Thatsächlich hörte man längere Zeit nichts von ihm. Jetzt melden auf einmal die Times seine Rückkehr aus dem Osten Transvaals nach Johannesburg mit dem Hinzufügen, French sei krank und müsse der Ruhe pflegen. Man wird sich erinnern, daß General Buller mit einer ähnlichen Entschuldigung vom Kriegsschauplatze verschwand. Auf Ehrenwort freigelassene Generale pflegen in England Heilung zu suchen. Man kann also wohl annehmen, daß einer der besten Generale Lord Kitcheners in der Gefangenschaft der Buren war.

Vom Kriege in Südafrika. Die holländische Regierung hat eine Petition von Burengefangenen auf St. Helena erhalten, worin diese um die Vermittelung der Regierung bei der englischen Regierung ersuchen, sich in holländisch Guyana ansiedeln zu dürfen.

Die Verlustliste vom 20. dss. beträgt für die englische Armee in Südafrika 7 Tote, 10 Verwundete, 6 Vermißte, 18 freigelassene Gefangene, 12 früher als vermißt, aber jetzt als in Gefechten gefallen Gemeldete, und 20 an Krankheit Verstorbene.

— Ein dem englischen Unterhause vorgelegtes Blaubuch enthält außer den bereits früher bekannt gewordenen Depeschen der niederländischen Regierung an Krüger vor dem Kriegsausbruch auch eine Depesche Milners vom 6. März, in der dieser einen Ueberblick über die derzeitige Lage in Südafrika giebt und sagt: „Es ist nutzlos, zu leugnen, daß das letzte halbe Jahr eine Zeit des Rückschrittes war, sowohl in materieller wie in moralischer Hinsicht." —

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 23. April 1901.

Unser Majestätsbeleidigungsprozeß in zweiter Auflage.

Das Reichsgericht hat gestern das Urteil der hiesigen Strafkammer vom 22. Dezember v. Js., durch welches unser Kollege Swienty wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt war, **aufgehoben und die Sache an das Landgericht Halle zurückverwiesen.** Es handelte sich, wie unsern Lesern bekannt ist, um das Gedicht in Nr. 275 des Volksblattes vom 22. November v. Js. mit der Ueberschrift: Die Hunnenmedaille, das dem Hamb. Echo entnommen war und in welchem die Medaille, die an die heimkehrenden Chinakrieger verteilt werden sollte, in satirischer Weise kritisiert war. Genosse Swienty als damaliger Verantwortlicher wurde sofort verhaftet und bis zum 29. Dezember in Untersuchungshaft gehalten, weil man seitens des Gerichts und der Staatsanwaltschaft Fluchtverdacht hegte. Zugleich klagte man Swienty wegen einer tagesgeschichtlichen Notiz, betitelt: Wahrzeichen der Schmach, an und erblickte darin gleichfalls eine Majestätsbeleidigung. In der Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht beantragte der Staatsanwalt für beide Delikte 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen der tagesgeschichtlichen Notiz auf Freisprechung, wegen des Gedichtes auf 3 Monate Gefängnis. Der freisprechende Teil des Urteils ist rechtskräftig geworden, da die Staatsanwaltschaft die anfangs eingelegte Revision wieder zurückzog, während Genosse Swienty gegen seine Verurteilung Revision anmeldete. Wir wiesen sofort nach dem Erscheinen der schriftlichen Urteilsausfertigung darauf hin, daß das Urteil nicht aufrecht erhalten werden könnte, da das Gericht von der Annahme ausgegangen war, Swienty hätte vor Veröffentlichung des Gedichtes bei Herrn Rechtsanwalt Herzfeld juristischen Rat eingeholt. Das war nicht der Fall. Infolgedessen war eine Aufhebung des Urteils vorauszusehen.

Ueber die gestrige Verhandlung vor dem Reichsgericht schreibt uns unser Leipziger Korrespondent:

Die Revision des Angeklagten war von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht in Berlin, schriftlich begründet. Der Reichsanwalt erklärte die beiden materiellen Rügen für begründet. Das Urteil lasse nicht mit der erforderlichen Klarheit erkennen, worin die Kundgebung der Mißachtung gefunden worden ist. Des weiteren scheine aber auch der Begriff der Beleidigung verkannt zu sein. — Das Reichsgericht teilte diese Bedenken, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Die hiesige Strafkammer wird sich deshalb aufs neue mit dem Gedicht zu befassen haben. Ueber den Ausfall dieser Verhandlung lassen sich natürlich nur Vermutungen anstellen. Möglich, daß sich das Gericht auf den Standpunkt stellt, das Gedicht enthalte keine Majestätsbeleidigung; denn selbst der Reichsanwalt gab der Anschauung Ausdruck, daß es scheine, als sei der Begriff der Beleidigung verkannt, möglich aber auch, daß abermals eine Verurteilung erfolgt.

Kollege Swienty verbüßt bekanntlich zur Zeit eine viermonatliche Gefängnisstrafe wegen Beleidigung der Herren Assessor Göschen und Welcker. Er würde also, da er am 28. Februar seine Strafe antrat, event. am 28. Juni vorläufig entlassen. Der Ausgang der abermaligen Verhandlung wird die Entscheidung darüber herbeiführen.

Eine Stadtverordnetensitzung.

Das war ein Tag, ein „großer" Tag, wenig zwar in seinen Erfolgen, aber vielversprechend in seiner Tagesordnung. Die Sitzung setzte auch sofort flott ein. Genosse Albrecht beantragte, den Punkt 9: Interpellation wegen der hier stattfindenden Lohnbewegungen, an erste Stelle zu setzen, da durch den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190104 24-18/fragment/page=0002

Punkt 3, die Wohnungsfrage betr., die Interpellation nicht zur Verhandlung gelangt wäre. Das Kollegium ging — offen gestanden, zu unserer Ueberraschung — sofort darauf ein. Albrecht begründete die Interpellation in präziser und geschickter Weise und hatte das Ohr des „Hauses“, wenn sich auch am Magistratstisch einige Herren anscheinend wenig um den Redner kümmerten. Charakteristisch für den Geist, der einzelne Stadtverordnete beherrscht, war der Zwischenruf: Leider! als Albrecht davon sprach, daß der Reichstag das Zuchthausgesetz sang- und klanglos begraben habe. Dieses Leider mag wohl einem innersten Herzensbedürfnis entsprungen sein. Als Albrecht nun aber den Schutz der arbeitswilligen Maurer und Steinsetzer durch die hiesige Polizeibehörde einer scharfen Kritik unterzog und an den Magistrat die Frage richtete, ob er wirklich der Meinung sei, daß die Arbeitswilligen den Schutz der Polizei von Rechts wegen zu beanspruchen haben, da antworteten statt seiner eine Anzahl Stadtverordnete mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß sie diesen Schutz einfach für selbstverständlich halten. Darnach mag man die Auffassung messen, welche diese Herren von unserer Polizei haben. Sie ist nach ihrer Meinung nur dazu da, um sie in ihren Erwerbsverhältnissen nicht beeinträchtigen zu lassen. Diese Denkart ist nun zwar nicht neu, aber sie liefert einen schätzenswerten Beitrag zu dem Artikel der preußischen Verfassung: Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich).

Recht verdutzt aber sahen die Herren drein, als Albrecht sie auf ihren häufig so pathetisch verkündeten Patriotismus festnagelte und bei der Geißelung des Imports der Italiener, Böhmen und Kroaten die Bemerkung einflocht, daß die Herren sogar chinesische Kulis herbeiholen würden, selbst auf die Gefahr hin, daß einige Boxer dabei wären, wenn wir jetzt nicht mit China im Kriegszustand lebten. Diese kühne Logik Albrechts ließ selbst den Herren die Satire vergessen, die in dieser Kritik der vaterlandsliebenden Unternehmer lag.

Nach Albrecht sprach Herr Oberbürgermeister Staude, der im Gegensatz zu manch anderen Sitzungen gestern merkwürdig wenig erregt war. Er setzte sich auf das hohe Piedestal der — Kompetenz. Wir Hallenser kommen noch um vor all diesen Kompetenzbedenken. Wohin wir blicken, überall grinst uns dieses grausige Wort: Kompetenz, entgegen. Obwohl der Herr Oberbürgermeister es ablehnte, auf die Interpellation selbst einzugehen, hielt er es doch für angebracht, auf die „zahlreichen Bestrafungen Streikender“ hinzuweisen, eine Tatsache, die um so mehr gerügt werden muß, als unseres Erachtens auch Herr Oberbürgermeister Staude wissen muß, daß diese Bestrafungen häufig wegen angeblichen Streikpostenstehens oder ähnlicher im Lohnkampfe unvermeidlicher „Vergehen“ erfolgt sind, die zum Teil früher eben keine Vergehen waren.

Der Herr Oberbürgermeister hatte gesprochen, es erfolgte die Abstimmung, ob die Versammlung in eine Besprechung der Interpellation eintreten wollte, die sozialdemokratischen Stadtverordneten erhoben sich, Herr Vorsteher Dittenberger konstatierte die Minderheit, die Besprechung der Interpellation war abgelehnt. Selbst die freisinnigen Herren Schmidt und Richter wollten, gleich den übrigen Herren, „ihre Ruhe haben“. Wer hätte auch etwas anderes erwartet. Was geniert die Mehrheit die Herabminderung der gesetzlichen Rechte der Minderheit, obwohl diese Minderheit fast so viele Hundert Wähler vertritt, als die Mehrheit zehn.

Die zweite „große“ Angelegenheit nahm alsdann den vollen Zeitraum der Sitzung in Anspruch. Die Wohnungsnot, die alle Gemüter bewegt und so tief einschneidend in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben des einzelnen wirkt. Das Wohnungsproblem zu lösen, ist des Schweißes der Edelsten wert. Auch wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die sich einer Stadtverwaltung hindernd in den Weg stellen, wenn sie ernsthaft an eine Linderung — von einer Beseitigung kann natürlich keine Rede sein — der Wohnungsnot herantritt. Gleichwohl aber ist in diesem Falle das Mäuslein, das der kreißende Berg erzeugt, ein so schwaches Geschöpf, daß man um seine weitere Existenz arg besorgt sein muß. Was da beschlossen wurde, ist, um mit den Worten eines unserer Genossen zu sprechen, „kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Wir werden gelegentlich noch darauf zu sprechen kommen, nur das eine sei festgestellt, daß nach der Ablehnung der Anträge unserer Genossen man diesen ohne weiteres zustimmen muß, wenn sie die Erbbaurechtsvorlage in der vorgeschlagenen Form einfach rundweg ablehnten.

Das Fazit aus Hausbesitzer- und Bauunternehmeransichten zog Herr Stadtverordneter Heiser, der es in seiner Polemik gegen Albrecht glücklich herausgebracht hatte, daß die Wohnungsnot nur von — den Gesundheitskongressen herrühre, die alles ausbaldowert hätten, um den Mieter glauben zu machen, die Wohnungen müßten besser sein. Wie heißt es doch im Onkel Bräsig: Die Armut kommt von der Powretee. Das war selbst Herrn Stadtrat Pütter zu — na, sagen wir zu d—erb, und er wies Herrn Heiser in die Schranken. Bedauerlich war nur, daß auch er sich auf den Standpunkt des Herrn Heiser stellte, die Arbeiter wären die schlechtesten Mieter, ohne eine Erklärung zu suchen, warum sie es schließlich sein müssen.

Im übrigen wollen wir nicht verhehlen, unsere Leser auf die Rede des Herrn Heiser in unserm Stadtverordnetenbericht besonders hinzuweisen; Herr Heiser hat diesen Hinweis verdient.

Nachdem außer Herrn Heiser noch eine Anzahl Redner gesprochen, beschloß die Mehrheit, über die Angelegenheit abzustimmen. Ein Vertagungsantrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Man hatte sich ehrlich um die Beseitigung der Wohnungsnot verdient gemacht, der Magistrat that ein übriges und verzichtete auf die 14 Häuser am Böllbergerweg und begnügte sich mit den zu erbauenden acht im Norden der Stadt, damit nur endlich „ein Versuch“ — man hatte es ja immer nur mit dem „Versuche“ zu thun — ermöglicht würde. Die „kompakte Mehrheit“ erhob sich — die Wohnungsfrage ist gelöst; es ist fast 8 Uhr, wir eilen hinaus auf die Straße und schlendern, immer vor uns hinmurmelnd, „8 Häuser — Wohnungsnot gehoben —“ unseren — frei nach Heiser — ungelüfteten, ungereinigten Wohnungen zu.

---

* **Schweres Unglück.** Gestern nachmittag wurde bei Wallwitz der in der Rauchfußschen Brauerei beschäftigte Bierkutscher Peter angeblich von einem Zuge überfahren. Kutscher und Pferde sind tot, der Wagen zertrümmert. Der Kutscher hinterläßt Frau und 3 Kinder.

L. **Migränin** ist eine Bezeichnung, welche sich die Höchster Farbwerke A.-Ges., vormals Meister, Lucius und Brüning in Höchst a. M., durch Eintragung haben schützen lassen. Der Inhaber der hiesigen Adler-Apotheke, Apotheker Hubert Bernhardt, führte zwar auch das Höchster Migränin, gab aber seinen Kunden gewöhnlich ein Präparat, welches er aus Kokain und Antipyrin selbst hergestellt hatte und auch Migränin nannte. Er soll sich dadurch des Vergehens gegen das Gesetz betr. den Schutz der Warenzeichen schuldig gemacht haben. Das hiesige Landgericht hat ihn am 3. Dezember v. J. freigesprochen, weil es angenommen hat, daß er nicht dolos gehandelt hat. Thatsächlich hat er auf den Umhüllungen seiner Migränin-Pulver einen Stempel angebracht, welcher angiebt, daß das Präparat von ihm hergestellt ist. — Auf die Revision der als Nebenkläger fungierenden Höchster Farbwerke hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil das Gesetz nicht richtig angewandt sei.

* **Die Lotteriespieler** werden vom Berliner Polizeipräsidium durch den Hinweis gewarnt, daß in Preußen unter anderem folgende „ausländische“ Lotterien nicht zugelassen sind: Die königlich Sächsische, die Mecklenburg-Schwerinsche, die Braunschweig-Lüneburgische und die Hessische Landeslotterie, die Thüringisch-Anhaltsche Staatslotterie, die Hamburger Lotterie, die Lübeckische Staatslotterie und Thüringische Kirchenbau-Lotterie.

Gegen sein Verbot wird wohl in allen Bevölkerungsschichten gleichmütiger gesündigt, als gegen das die deutsche Einigkeit seltsam illustrierende Lotterieverbot. Gerade die Kreise, die an der Aufrechterhaltung der Autorität ein Interesse haben, sollten auf die Aufhebung der bekannten Gesetzesbestimmung hinwirken.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle 50 Personen und zwar an: Masern 1, Herzlähmung 1, Lungenentzündung 4, Blutsturz 1, Lungenödem 1, Krebs 6, Krämpfen 4, Verbrennung 1, Diphtherie 2, Darmerkrankung 4, Kindbettfieber 2, Schwäche 5, Nierenentzündung 2, Herzmuskelentzündung 1, Hirnschlagfluß 1, Hirnhautentzündung 2, Schwindsucht 2, Entkräftung 1, Gelenkrheumatismus 1, Lungenlähmung 1, Herzschlag 2, Genickstarre 1, Entartung des Herzens 1, Erysipel 1, Leberverhärtung 1, Luftröhrenentzündung 2, Totgeboren 5. — Darunter befinden sich 8 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

In Halle-Nord verstarben in derselben Zeit 20 Personen und zwar an: Furunkulose und Lebensschwäche 1, Krämpfen 3, Selbstmord durch Ertrinken 1, Lungenentzündung 2, Krebs 1, Schwämmen und Blasenanschlag 1, Blasenleiden 1, chron. Herzmuskelentzündung 1, epileptischem Krampfanfall 1, Magenkrebs 1, Zuckerkrankheit 1, Schwäche 1, Scharlach 1, Lungentuberkulose 3, unbekannter Todesursache 1. — Darunter befinden sich 3 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Björnsons Drama „Ueber unsere Kraft“ gelangt am kommenden Mittwoch in seinen beiden Teilen zur letzten Aufführung, und zwar bei aufgehobenem Farben-Abonnement. — Für Donnerstag ist der Schwank „Der Reservelieutnant“ in Vorbereitung. — Zu der heutigen Aufführung „Maria Stuart“ gelten Schülerbilletts für Parkett, welche an der Abendkasse ausgegeben werden. Fräulein Ernestine Rosen gastiert bekanntlich als „Königin Elisabeth“.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Die einzige Aufführung von Leo Tolstois „Die Macht der Finsternis“ findet heute, Dienstag, zum Benefiz des Herrn Heinrich Grenzer statt. Eine Wiederholung ist nicht zu ermöglichen, da Frl. Magda Holden, der Dresdener Gast, mit diesem Abend ihr hiesiges Gastspiel beschließt.

Mittwoch feiert das Mauthner-Ensemble wieder ein kleines Jubiläum, es gelangt die erfolgreiche Komödie „Flachsmann als Erzieher“ bereits zum 25. Male zur Wiederholung.

* **Aus dem Bureau des Apollotheaters.** Mehrfachen Wünschen entsprechend, findet von heute an die Wiederholung des Ensembles „Freud und Leid im Theater-Bureau“ statt. Dasselbe erzielte im letzten Spielplan großen Erfolg und wird auch in seiner Neustudierung den gewohnten Beifall erzielen. — Vorzugskarten für Galerie zu 20 Pf. sind in Vorverkaufstellen nach wie vor zu haben.

Döllnitz. Die ausländischen Arbeiter sind nicht nur Lohndrücker für die einheimische Arbeiterschaft, sie bringen auch große Gefahren für die Gesundheit mit in die Gegenden, wo sie sich einnisten. So ist unter den Kroaten, welche auf der neuen Grube bei Döllnitz Arbeit erhalten haben, eine ansteckende Krankheit ausgebrochen, welcher schon einer der Ausländer erlegen ist. Ueber die Art der Krankheit wird geheimnisvolles Schweigen beobachtet. Die einheimischen Bewohner werden vor dem Verkehr mit den Ausländern gewarnt.

Naumburg. Ein reicher Dieb ist der Landwirt Brechling in Oberschmon bei Querfurt. Trotz seines Wohlstandes öffnete er die Scheune seines Nachbarn und entwendete neun Sack Hafer. Er erhielt von der Naumburger Strafkammer 6 Monate Gefängnis. Als er verhaftet wurde, bot er sofort tausend Mark Kaution, um der Untersuchungshaft zu entgehen.

Eilenburg. Der Sommerfahrplan der Eisenbahnen tritt mit dem 1. Mai in Kraft. Derselbe weist hinsichtlich der Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Züge auf Station Eilenburg gegenüber dem Winter-Fahrplan mehrfache Veränderungen auf. So verkehren die Frühzüge nach Leipzig genau 1 Stunde früher wie bisher, ebenso wird der Frühzug nach Düben 40 Minuten früher abgelassen. Auch die in jedem Sommerhalbjahr auf der Strecke von und nach Leipzig verkehrenden Sonntags-Extrazüge sind in den Fahrplan wieder aufgenommen, und auf der Strecke Taucha-Leipzig 4 neue Personenzüge eingeschoben.

Bitterfeld. Die neuerbaute Mädchenvolksschule in der Weststraße ist mit Beginn des neuen Schuljahres bezogen worden. Das Gebäude enthält 14 Klassen, 2 Lehrer-, 1 Rektorats-, 1 Lehrmittelzimmer und die Büchersammlung. In den unteren Räumen befindet sich die Wohnung des Schuldieners und die Kessel zur Heizanlage. Der Bau ist vom Baumeister Gygas aus Halle ausgeführt worden.

Delitzsch. Ein alter Sünder. Der bald siebzigjährige Rentier Krüger ist verhaftet worden, weil er im Verdacht steht, an Mädchen unter 16 Jahren unsittliche Handlungen vorgenommen zu haben.

Torgau. Mahnung zur Vorsicht. Die Witwe Rohrbach meinte auf der Haltestelle Trebnitz der Torgau-Wittenberger Eisenbahn irrtümlich, schon in Pretzsch angekommen zu sein und verließ den Zug. Als sie ihres Irrtums gewahr wurde, suchte sie den in der Fahrt befindlichen Zug von neuem zu besteigen, kam aber dabei zu Falle und geriet unter die Räder. Auf der Stelle wurden der Unglücklichen der Kopf und ein Arm abgefahren. Drei unversorgte Kinder trauern um ihre Ernährerin.

Torgau. Wegen fahrlässiger Tötung wurde von der Torgauer Strafkammer der Schachtarbeiter Schöne zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte am 1. April durch falsche Weichenstellung einen Arbeiterzug auf ein falsches Geleis fahren lassen, wodurch der Arbeiter Deutschmann überfahren und sofort getötet wurde.

Erfurt. Einen eigenartigen Witz hat sich ein Tischlermeister geleistet. Derselbe hatte für einen Landwirt eine Hausthür anfertigen müssen. Als nach einiger Zeit eine Füllung dieser Thür herausfiel, fand der Besitzer einen Zettel, auf dem geschrieben stand: „Diese Thür wurde 1901 gefertigt vom Tischlermeister .... (Name). Hoch lebe die rote internationale Sozialdemokratie!“ Da der Tischlermeister bisher sich noch nicht offen zur Sozialdemokratie bekannt hat, sogar Mitglied einer Kirchenvertretung sein soll, so kann man diese Kundgebung seiner sozialistischen Gesinnung nur als recht kindisch bezeichnen und er verdient den Spott des Spießbürgertums im reichsten Maße. Ein wahrer Sozialdemokrat tritt stets frei und offen mit seiner Ueberzeugung hervor und verzichtet auf dergleichen Späße. Hoffentlich tritt der witzige Tischlermeister durch dieses etwas vorzeitige Bekanntwerden seines geheimen Glaubensbekenntnisses nun auch offen zur Sozialdemokratie über.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Edderitz wurde ein Mann beim Streichen einer Stubendecke von Krämpfen befallen und zog sich beim Fallen schwere Verletzungen zu. — Infolge Durchgehens der Pferde verunglückte der Kaufmann Mohrmann in Wimmelburg. — In Großjena erschoß sich ein Liebespaar, weil sich ihrer Verbindung Hindernisse in den Weg stellten.

Vermischtes.

* **Ein wahres Wort.** Ueber die Erziehung des Königs Viktor Emanuel III. ist jüngst ein Buch von Luigi Morandi, dem Lehrer des damaligen Kronprinzen, erschienen. Der Köln. Zeitung, die eingehend über das gedachte Werk berichtet, entnehmen wir folgende charakteristische Schilderung der strengen Erziehungsmethode, der Viktor Emanuel unterworfen war. In Fällen von schwererer Nachlässigkeit, wie sie auch bei guten Schülern einmal vorkommen, schritt Oberst Osio, der mit fast souveräner Vollmacht die gesamte Erziehung des Kronprinzen leitete, selbst mit einer Philippika von so schneidiger Derbheit ein, daß Morandi bekennt, ganz bestürzt dabei gestanden zu haben. Einmal lautete sie wörtlich so: „Bedenken Sie, Prinz, daß der Sohn eines Königs gleich dem Sohn eines Schusters, wenn er ein Esel ist, eben ein Esel ist!“ Und dann ging er sporenklirrend aus der Stube und schlug die Thür krachend hinter sich zu. Dergleichen Zurechtweisungen übten immer auf den Jüngling eine nachhaltige Wirkung.

* **In Saint-Germain** bei Paris bildet ein sechzehnjähriges, kerngesundes Dienstmädchen, Julienne Landrieux, die Bewunderung der ganzen Stadt, weil sie ohne besondere Schmerzen über hundert Nähnadeln aus ihrem Körper ziehen ließ. Sie erzählte, daß sie als elsjähriges Kind in ihrer Heimat in der Picardie oft mit ihren Mitschülerinnen wettete, wer am meisten Nadeln verschlucken könne. Sie fühlte nie besondere Beschwerden, und erst in jüngster Zeit drangen die Nadeln bis unter die Haut und wurden nach und nach von einem Apotheker herausgezogen. Sogar aus den Ohren und aus den Augenwinkeln kamen mehrere Nadeln hervor. Wo sie mit den Fingern nicht zu greifen waren, bediente sich der Apotheker mit Erfolg eines Magnets. Das Mädchen hat während der ganzen Zeit seinen Dienst nicht unterbrochen, es begab sich bloß in die benachbarte Apotheke, sobald es fühlte, daß eine oder mehrere der Nadeln ein kleine Erhöhung der Hautoberfläche erzeugten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 23. April. Wie verlautet, gab gestern die bairische Regierung in Berlin die Erklärung ab, daß namentlich die Erhöhung der Getreidezölle einer längeren Prüfung bedürfe. Sie werde daher den neuen Zolltarif mit Sachverständigen beraten und sich kaum vor Ende des Jahres darüber äußern können.

Braunschweig, 23. April. Heute morgen traten die Angestellten der elektrischen Straßenbahn in den Ausstand, weil ihrer Forderung auf Wiedereinstellung entlassener Arbeiter von der Direktion nicht Folge gegeben worden war. Um 7 Uhr früh verkehrten auf jeder Linie nur 2 Wagen.

Posen, 23. April. Bei der gestrigen Kontrollversammlung antwortete ein polnischer Reservist beim Namensaufruf nicht mit hier, sondern polnisch mit „jestem“. Er erhielt 3 Tage Arrest.

London, 23. April. Daily Mail meldet aus Pretoria: Kitchener wird den Feldzug energisch weiter fortsetzen. Derselbe werde jedenfalls nicht vor Ende des kommenden Winters beendet sein. Die Gattin Bothas ist von ihrem Besuch bei ihrem Manne zurückgekehrt und hofft immer noch, ihn zu überreden, Frieden zu schließen. Sie begiebt sich zu Kitchener, um über den Besuch bei ihrem Manne zu berichten.

Newyork, 23. April. Der New. Her. meldet aus Peking: Die Vertreter Frankreichs, Englands, Amerikas, Hollands und Belgiens, welche mit dem Bestrafungswesen betraut sind, haben ihren Bericht dem diplomatischen Korps unterbreitet. Sie fordern die Hinrichtung oder Verbannung von **80 weiteren Beamten. (!!)** Die Forderung ist den chinesischen Friedensunterhändlern zugestellt worden.

Achtung, Gewerkschaften!

Die Aprilbroschüre **Der Achtstundentag** von Adolf Braun ist in der Volksbuchhandlung angekommen und von den Gewerkschaften zu entnehmen. Der große Wert dieser Broschüre ist von allen Seiten anerkannt worden. Allerdings kann sie nicht für 10 Pfg. abgegeben worden, sondern sie kostet 13 Pfg. pro Stück; doch auch dieser Preis ist gegen den eigentlichen Verkaufspreis von 20 Pfg. so bedeutend herabgesetzt, daß hoffentlich jeder gewerkschaftlich Organisierte es als seine Pflicht betrachtet, ein Exemplar zu kaufen. Für diejenigen Gewerkschaften, welche vor dem ersten Mai keine Versammlung mehr abhalten, bietet vielleicht die Zusammenkunft am Morgen des ersten Mai die beste Gelegenheit zum Vertrieb der wertvollen Schrift.

Da jedoch vorläufig nur 1000 Exemplare angeschafft worden sind, müßten sich die Vorstände der Gewerkschaften rechtzeitig mit der Volksbuchhandlung ins Einvernehmen setzen über die Anzahl der zu entnehmenden Broschüren. Nichtverkaufte Exemplare können bis zum 3. Mai zurückgenommen werden, wenn sie gut gehalten sind.

Litteratur.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 29. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein interessanter Fall. — Sozialistische Motive in der französischen Lyrik. Von H. Thurow. — Moderne Evangelienkritik. Von Franz Mehring. I. — Wiener Theaterbrief. Von D. Bach. — Akademiker und Proletarier. — Notizen: Die badische Budgetabstimmung. Erklärung Dr. A. Bertholds. — Feuilleton: In der Schlucht. Von Anton Tschechow. Aus dem Russischen übersetzt von Eugenie Kliorin. (Fortsetzung.)

Die Mai-Nummer des Wahren Jakob (9. Nummer des 18. Jahrgangs) ist soeben erschienen. Aus demjenigen Teile der Nummer, welcher dem Feiertage der Arbeit gewidmet ist, heben wir das Titelbild hervor, auf welchem vor der „Königin des Maien“ mit Blumen geschmückte Kinder, Fahnen mit den Abzeichen der einzelnen Gewerke tragend, vorbeiziehen. Reichen Inhalts ist auch das zwei Seiten bedeckende, humoristrihende Bild „Maigedanken nach Meister Böcklin“. Ein schwungvolles Gedicht von Klara Müller „Der Völkermai“, die Gedichte „Die Arbeit hoch“, „Deutscher Wonnemonat“ und „Maifeier in Krähwinkel“, sowie die Skizzen „Auf dem Blocksberg“ und „Maienblüten“, von denen letztere besonders die Frauen fesseln wird, vervollständigen diesen Teil der Nummer. In dem politisch aktuellen Teile ist besonders das farbige Titelbild „Der elektrische Berliner Straßenbahn-Panzerwagen Barrikadentod, System Bürgertrutz, Patent Goßler“ bemerkenswert und wird jedem Besitzer Vergnügen bereiten. Ueberaus flott in Zeichnung und Farbengebung ist das bunte Rückbild „Der letzte Hosenlupf“. Auch sonst bietet die Nummer noch so viel des Interessanten, daß ihre Anschaffung unseren Lesern nur empfohlen werden kann. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190104 24-18/fragment/page=0003

Sozialdemokratischer Verein.

Donnerstag den 25. April abends 8½ Uhr im „Weißen Roß", Geiststraße 5.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die innere Entwickelung der Sozialdemokratie. Referent: Redakteur Genosse **Weissmann.** 2. Die Wohnungsnot und das Stadtverordneten-Kollegium. 3. Abrechnung vom 1. Quartal. 4. Anträge und Verschiedenes.

Die Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Bau- und Erdarbeiter

von Halle und Umgegend.

Mittwoch den 24. April abends 8 Uhr im Saale des Neuen Theater, Große Ulrichstraße 3,

öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu dem Halleschen Maurerstreik.

Pflicht aller organisierten und unorganisierten Kollegen ist es, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Einberufer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Filiale Giebichenstein.

Dienstag den 23. April abends 8½ Uhr in Emmers Restaurant

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse II, Weissenfels.

Anträge zu der Montag den 29. April stattfindenden General-Versammlung sind bis Donnerstag den 25. April mittags in meiner Wohnung, **Tagewerbenerstraße 28,** part., einzureichen.

E. Hoffmann, Vorsitzender.

Konsum-Verein zu Teuchern.

E. G. m. b. H.

Die Auszahlung der Dividenden erfolgt von Mittwoch den 24. April bis Freitag den 26. April cr.

Der Vorstand.

Schumann. Seidel. Jahn.

Geschäfts-Bericht

des

Gewerkschafts-Kartells

und des

Arbeiter-Sekretariats

zu Halle a. S.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Rannischestraße 3.

Stets neueste, modernste Muster in allen Preislagen.

Musterbücher gratis und franko.

Anerkannt reichhaltigste Auswahl.

Tapeten.

Billigste Preise.

11 eigene Verkaufsgeschäfte.

Linoleum, sämtl. Marken.

Gebr. Untermann

Große Ulrichstraße 25.

Mittwoch **Schlachte-Fest. Oskar Beller,** Steinweg 32.

Morgen Mittwoch **Schlachte-Fest. Adolf Wackernagel,** Viktor Scheffelstraße 3.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 24. April abends 7¼ Uhr

218. Vorst. i. P.-A. 69. Vorst. auf. Abonn. 2. Viertel.

Ueber unsere Kraft.

(1. und 2. Teil.)

Schausp. in 4 Akten von Björnstjerne Björnson.

Donnerstag den 25. April 1901 abends 7¼ Uhr

219. Vorst. im P.-A. 150. Abonn.-Vorst. 3. Viertel. Farbe: rot.

Der Meineidbauer.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten von L. Anzengruber.

Thalia-Theater.

Dienstag Benefiz **Greuter.** Gastspiel **Magda Haldon,** Dresden. Einzige Aufführung von Tolstoi's

Macht der Finsternis.

Mittwoch zum 25. Male:

Flachsmann als Erzieher.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Neuer Spielplan!

Mr. **C. Reinsch** mit seiner großen Original-Zirkus-Szene. (Schulpferde in allen Gangarten der hohe Schule und dress. Doggen.) — Die **Kiefler**-Truppe (fünf Personen), Elite-Barteres-Gymnastiker. — **Frères Grisse,** Bravour-Kraft-Akrobaten. — Die Gesellschaft **Sapin,** Pantomimen-Darsteller. (Vor dem Barbierladen.) — **Brothers Fernando,** Equilibristen auf dem schwebenden Trapez. — Das **Aldow-Théo-Trio,** musikalisch-elektrische Fantasien. — Die drei Schwestern **Walden,** das „Nordsterntrio", deutsche Tanzsängerinnen. — Fräulein **Nusche Melitta,** Gesangs-Soubrette. — Herr **Willy Zimmermann,** Original-Gesangs-Humorist und Komponisten-Darsteller.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: **Fr. Wiehle.**

Gänzlich neuer Spielplan!

7 Damen-Nummern 7.

3 Lars Larsen Sisters. Kunst-Turnerinnen am dreifachen Reck. — Original-**Noranas,** dress. Kakadus, Arras-Papageien u. s. w. — **Martin Frank.** Hum. — **Hedwig Wagner,** Liedersängerin. — **3 reizende Babys,** Spring-Potpourri. — **Lena Wells,** Soubrette. — **Toni und Magda Marosch,** Gesang- und Tanz-Duett. **Tichy-Trio.** Flammenmenschen und diabolische Grotesque-Pantomime.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Von Dienstag abend **täglich auf allgemeinen Wunsch: Freud und Leid im Theater-Bureau.**

Mit vollständig neuer Besetzung.

Welt-Panorama

Gr. Ulrichstr. 6, I. nur b. inkl. Sonntag **Die kgl. Schlösser von Potsdam, Babelsberg u. Charlottenburg.** Vom 29./4. bis 5./5.: **Thüringen.**

Apollo-Theater Weissenfels.

Täglich abends 8 Uhr **große**

Spezialitäten-Vorstellung.

Auftreten von nur Kunstkräften 1. Ranges.

Die Direktion.

Morgen Mittwoch **Schlachte-Fest. Julius Dietzel,** Hochstraße 2.

Gute Speise-Kartoffeln Ztr. 2.80.

Morgen Mittwoch **Schlachtefest. E. Selig.** Thorstraße 23.

Mittwoch **Schlachtefest. Siegel.** Leostr. 1. Ecke Böllbergerweg.

Bücklinge,

Postkiste 40/44 Fische Mk. 1.—.

Rich. Pfeiffer, Nikolaistr. 6.

Die besten Möbel,

schöne gediegene Musterschränke und Vertikows von 65—75 Mk., unter Garantie für die Haltbarkeit, schöne Ausstattung, Politur und Glanz, finden Sie stets vorrätig bei

Gebr. Kroppenstädt, Gr. Märkerstr. 4.

Velhagen & Klasings

Neuer Volks- und Familien-Atlas.

20 Lieferungen à 50 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Rannischestrasse 3.

Stoff-Reste

zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Reste in allen Farben spottbillig.

Halle a. S. H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

Kaufhaus 1. Ranges.

Neue Werke für Schule und Haus.

Bilder-Atlas zur Zoologie der Säugetiere.

3½ Bogen Text und 8¾ Bogen Bildertafeln mit 258 Abbildungen in Holzschnitt. Beschreibender Text von Prof. Dr. William Marshall. In Leinwand geb. 2 M. 50 Pf.

Bilder-Atlas zur Zoologie der Vögel.

4 Bogen Text und 8½ Bogen Bildertafeln mit 238 Abbildungen in Holzschnitt. Beschreibender Text von Prof. Dr. William Marshall. In Leinwand geb. 2 M. 50 Pf.

Bilder-Atlas zur Zoologie der Fische, Lurche etc.

3½ Bogen Text und 6¼ Bogen Bildertafeln mit 208 Abbildungen in Holzschnitt. Beschreibender Text von Prof. Dr. William Marshall. In Leinwand geb. 2 M. 50 Pf.

Bilder-Atlas zur Zoologie der Niederen Tiere.

4 Bogen Text und 4½ Bogen Bildertafeln mit 292 Abbildungen in Holzschnitt. Beschreibender Text von Prof. Dr. William Marshall. In Leinwand geb. 2 M. 50 Pf.

Bilder-Atlas zur Pflanzengeographie.

4¾ Bogen Text und 7¼ Bogen Bildertafeln mit 216 Abbildungen in Holzschnitt. Beschreibender Text von Dr. Moritz Kronfeld. In Leinwand gebunden 2 M. 50 Pf.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Rannischestrasse 3.

Grosses Lager

in 4, 5 und 6 Pf.-Zigarren, gut abgelagert, in Kisten billiger, sowie große **Auswahl in Zigaretten** empf.

die Zigarrenhandlung

früher **Sanow,**

A. Gross,

Geiststraße 5.

Tanz-Unterricht.

Der **Sommer-Kursus** meines **Tanz-Unterrichts** beginnt **Donnerstag d. 2. Mai.** (Gleichzeitig eröffne Mittwoch den 24. April einen **Schnellkursus** nur für Rundtänze geg. mäß. Honorar.) Gefl. Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung, **Ad. Fröbe,** Tanzlehrer, Henriettenstraße 32, II.

Für sichere und schnelle Ausbildung bürgt mein langjähriges Renommee.

Alle Eisenwaren,

als **Hacken, Schippen, Spaten, Handwerkzeuge, Oefen, Herde, Emaillegeschirre u. s. w.** sind im Preise zurückgesetzt. Seinen Bedarf deckt man am besten und billigsten bei

Ferd. Gresse, Teuchern.

Hedersleberner Rübensaft	Pfd.	18 ₰
feinsten Kaiser-Syrup	„	20 ₰
allerfeinsten Honig-Syrup	„	30 ₰
süßes Pflaumenmus	„	25 ₰
rhein. Kraut	„	60 ₰
rhein. Apfelgelee	„	60 ₰

Johannisbeer-, Erdbeer-, Himbeer- und Aprikosen-Marmelade

billigst empfiehlt

Robert Weise, Friedrichplatz 9.

Speisekartoffeln,

Augustor, Neustädter, Magbonum 2c. auch **frühblaue Saatkartoffeln** hat noch am Lager

H. Köppe, Triftstr. 50/51.

Getragenes Schuhwerk

kauft **Otto Töpler,** Markt, im Roten Turm.

---

21. Geiststr. 21.

Möbel,

Spiegel und Polsterwaren.

Große Auswahl

Kleiderschränke	v. 20 M.	a.
Vertikows	„ 30 „	„
Stegtische	„ 9 „	„
Rohrstühle	„ 3¼ „	„
Spiegel	„ 3 „	„
Trumeaux	„ 30 „	„
Sofas	„ 25 „	„
Plüschsofas	„ 58 „	„
Bettstellen	„ 8½ „	„
Schreibtische	„ 36 „	„

Buffetts, Plüsch-Garnituren, Küchenmöbel 2c.

staunend billig!

Geiststrasse 21, I Treppe.

Siegmund Rosenberg.

Leeres Fenstr. **Zimmer** gef. Nähe Schwetschkestr. Off. bet. Exped. d. Bl.

Den besten

Guano

und den billigsten

Chilisalpeter

verkauft auch in kleinen Quanten

Ferd. Gresse, Teuchern.

Gartengeräte, Drahtgeflecht, Eisenwaren empfiehlt

Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Ein 3rädr. **Kinderwagen** zu verkaufen. Reilstr. 10.

Sämtl. Parteischriften

Die Volksbuchhandlung.

Erfahrene Schirrmeister

auf schwere Maschinen- und Winkel-Eisen-Arbeit werden bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung von **großer Maschinen-Fabrik gesucht.** Off. sind unter **R. D. 3636** an **Rudolf Mosse, Breslau,** einzusenden.

Tischler,

welcher schon im Möbelgeschäft war, für sofort verlangt.

Jul. Rosenberg, Gr. Ulrichstraße 54, I.

Mädchen für leichte Arbeit suchen

Heilbrun & Pinner, Königstraße 70.

Ordentl. Hausburschen sucht sofort

Preßlers Berg.

Als wir heute früh erwachten und an unsern Rauchbruder **Anton Rift** dachten, fiel uns der Gedanke ein, heut' muß sein Geburtstag sein; drum wünschen wir Dir zu Deinem Wiegenfeste ein dreimaliges Gut Rauch!

G. R. H. R. G. G. L. Sch.

Trebnitz den 23. April 1901.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 8¼ Uhr starb plötzlich und unerwartet mein lieber guter Mann, unser sorgsamer Vater, Schwieger- und Großvater, der Zimmermann

Ferdinand Goldschmidt

im 68. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers

Hermann Solfrian

können wir nicht unterlassen, allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unsern Dank zu sagen. Vielen Dank dem Herrn Domprediger Lang für seine trostreichen Worte am Grabe, desgleichen den werten Kollegen für das letzte ehrende Geleit.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190104 24-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 95 — Halle a. S., Mittwoch den 24. April 1901. — 12 Jahrg.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung, Montag, den 22. April, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Freiherr v. Thielmann und Freiherr v. Richthofen.

Zunächst wird debattelos die erste und zweite Beratung des Zusatz-Vertrages zu dem Auslieferungs-Antrage zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 24. Dezember 1874 erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Süßstoffgesetzes.

Abg. **Speck** (Zentrum): Die Behauptung, daß die Süßstoffe gesundheitsschädlich seien, hat sich nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes als nicht zutreffend erwiesen. Allerdings haben die Süßstoffe keinen Nährwert. Trotz der Süßstoffproduktion hat der Zuckerkonsum in den letzten Jahren zugenommen. Wenn wir für diese Vorlage stimmen, so thun wir das in dem Gedanken, weil es nur recht und billig ist, wenn das landwirtschaftliche Produkt besteuert wird, auch das industrielle zu besteuern. Die Steuer darf aber nicht zu hoch sein, daß die Existenzmöglichkeit der Industrie aufgehoben wird.

Die Verbrauchsabgabe von 80 Mark für das Kilo chemisch reinen Süßstoff, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist, scheint mir etwas zu hoch zu sein. Zu erwägen ist bei § 23, ob die Einfuhr von Nahrungsmitteln, in denen künstliche Süßstoffe verwendet sind, nicht ganz zu verbieten ist. Mindestens müssen wir für solche Nahrungsmittel einen sehr hohen Zollsatz feststellen.

Ich beantrage eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Graf v. Kanitz** (kons.): Unsere Zuckerindustrie muß gegen die Konkurrenz des Saccharins geschützt werden. Die Bestimmungen der Vorlage sind aber vielfach unzulänglich. Vor allem müßte die Kontrolle der Fabrikation und Verwendung der Süßstoffe weit schärfer sein. Eine höhere Besteuerung als 80 Mark für das Kilo chemisch reinen Süßstoffes wäre uns zwar erwünscht, wir werden sie aber nicht fordern. Mit der Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden.

Abg. **Wurm** (Soz.):

Daß der vorliegende Gesetzentwurf noch in dieser Session gekommen ist, beweist mir die Nachgiebigkeit des Reichsschatzamts gegenüber den Agrariern. Das Gesetz widerspricht den Beschlüssen des Reichstags bei der Flottenvorlage. In einer Resolution wurde damals ausgesprochen, daß der Fehlbetrag nicht durch Erhöhung der den Massenverbrauch belastenden Steuern gedeckt werden soll. In der Begründung dieser Vorlage heißt es dagegen, daß man das Saccharin besteuern wolle, weil man fürchte, daß ein Massenverbrauch desselben zu ungunsten des Zuckers eintreten könne. Das Saccharin ist den Herren vom Zuckerring unbequem und soll deswegen nicht geduldet werden. Ein hygieinisches Interesse an der Unterdrückung des Saccharins liegt nicht vor. (Sehr richtig b. d. Soz.) Es ist doch wunderbar, daß das Gesetz so genau den Intentionen der Agrarier entspricht und daß der Herr Staatssekretär gerade wörtlich alle Gesetze so vorlegt, wie es einige Wochen vorher Herr Dr. Oertel vorgetragen hatte. Ist es denn aber überhaupt wahr, daß das Saccharin als ernstlicher Konkurrent des Zuckers angesehen werden darf? Daß das Saccharin kein Nahrungsmittel ist, darüber ist das Publikum sich klar. Es wird einfach genommen, um den angenehmen Geschmack zu erzeugen, der bisher nur durch den Zucker erreicht werden konnte. Es wird gerade in den Kreisen gebraucht, die den Zucker nicht mehr bezahlen können. Im Erzgebirge, in Thüringen, wo dank Ihrer Wirtschaftsordnung die Leute ein ganz kümmerliches Dasein führen, finden Sie überall ganz allgemein den Verbrauch von Saccharin. Es ist das Gewürz der armen Leute. Ein Teil des Saccharins wird ja allerdings dazu benutzt, um an Stelle von Zucker verkauft zu werden, und deshalb waren wir ja auch im Jahre 1898 gegen diese betrügerische Verwendung von Saccharin. Wir haben damals für den Deklarationszwang gestimmt, und nun sagt die Regierung, es seien keine Deklarationen erfolgt. Daraus schließt sie, daß Saccharin zu betrügerischen Zwecken im großen Maßstabe verwendet worden sei. Die Bundesstaaten hätten nur eine gehörige Kontrolle durchführen müssen. Wenn wirklich in einem solchen Umfange Betrügereien vorgekommen sind, dann muß es auch möglich gewesen sein, das festzustellen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich glaube nicht, daß der Zuckerkonsum steigen wird, wenn das Saccharin verschwindet, denn diejenigen Leute, die Zucker kaufen können, kaufen auch jetzt kein Saccharin.

Wie kommen wir denn aber überhaupt dazu, von Reichs wegen dafür zu sorgen, daß der Zuckerkonsum in die Höhe geht, während gleichzeitig der Konsum zurückgedrängt wird, weil unsere Gesetzgebung es ermöglicht, daß wir einen Zuckerring, einen Wucherring, haben, der den Zucker über das Maß hinaus verteuert. Durch den Zuckerzoll wird dieser Ring noch mehr gegen jede Konkurrenz geschützt, und nun soll ihm durch Beseitigung der etwaigen Konkurrenz des Saccharin noch weiterer Schutz gewährt werden. Schließlich wird das ganze Deutsche Reich nichts weiter als eine Reichs-Armenunterstützung für die reichen Leute, wobei immer die ärmsten Leute am meisten daran glauben müssen. Man verteidigt die hohe Steuer, die das Achtfache des Herstellungspreises beträgt, damit, daß das Saccharin nur von geringem wirtschaftlichem Werte sei. Aber gerade für die armen Leute ist das Saccharin sehr wichtig. Der arme Mann kann sich für das Geld, das er spart, wenn er statt Zucker Saccharin kauft, Nahrungsmittel kaufen, die einen viel größeren Nährwert haben als der Zucker, den er sich für dasselbe Geld kaufen könnte. Es ist Aufgabe des Reichstages, dem Wucher, der durch den Zuckerring getrieben wird, gegenüber Front zu machen. Die ganze Zuckersteuer-Gesetzgebung ist total verkehrt. Selbst Herr Paasche verwünscht heute schon sein eigenes Kind und sagt, der Zuckerindustrie wäre wohler, wenn die Verbrauchsabgabe aufgehoben würde. Aber heute kann ja der Staat die 120 Millionen Mark nicht mehr entbehren, die die Zuckerverbrauchsabgabe abwirft. Wir können nicht für ein Gesetz stimmen, das nur dazu dienen soll, den Zuckerring, der schon jetzt ein glänzendes Geschäft macht, noch weiter zu schützen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Paasche** (natl.): Herr Wurm hat seine Ansichten über die Zuckersteuer sehr geändert. 1898 meinte er, eine Steuer von 80 M. bedeute gar nichts, wer betrügen wolle, würde auch dann weiter betrügen, und Herrn Hermes, der das Saccharin ein Genußmittel nannte, entgegnete er höhnisch, es sei kein Genußmittel, sondern ein Betrugsmittel. Heute aber beklagt er sich darüber, daß man ein „Genußmittel" der Armen und Aermsten besteuern wolle. Ein Betrugsmittel bleibt das Saccharin.

Früher wurde den Arbeiterkindern nahrhafter Zucker gegeben, jetzt bekommen sie das wertlose Saccharin. Das soll das Gesetz verhindern. Ebenso berechtigt wie die Zuckersteuer ist die Saccharinsteuer. Unerhört kann ich den Satz von 80 M. nicht finden, eher wird man noch höher gehen können. Den Grundgedanken der Konzessionierung kann ich ebenfalls nicht verwerfen. (Bravo! rechts und b. d. Ntl.)

Reichsschatzsekretär **Freiherr v. Thielmann:** Ich glaube, daß mit der ablehnenden Haltung die Partei des Herrn Wurm allein stehen wird. Außerdem steht die Haltung des Herrn Wurm, die er heute einnahm, in direktem Widerspruch mit seiner Haltung noch vor drei Jahren. Der Kreis der Personen, denen die Erlaubnis zum Verkauf des Saccharins erteilt werden soll, kann heute noch nicht genau angegeben werden, aber die Regierung gedenkt nur solche Personen zu berücksichtigen, deren ganze Geschäftsführung die Garantie bietet, daß sie keinen Mißbrauch mit der Konzession treiben werden.

Abg. **Eickhoff** (Freis. Volksp.): Meine Partei teilt den Standpunkt des Herrn Wurm durchaus. Es ist ja möglich, daß man im Laufe der Zeit zu einer Besteuerung des Saccharins kommen kann, aber das Prinzip der hier vorgeschlagenen Besteuerung halten wir für vollkommen ungerecht. Die Furcht, daß das Saccharin dem Zucker wesentliche Konkurrenz bereiten könnte, ist ganz unbegründet. Der Zuckerverbrauch hängt ganz vom Zuckerpreis ab, den der Zuckerring möglichst hoch schrauben will. Es ist in keiner Weise dargethan, daß der Genuß von Saccharin gesundheitsschädlich oder auch nur verdauungsstörend sei. Die Anwendung von Saccharin in der Nahrungs- und Genußmittelbranche könnte unter Deklarationszwang gestellt und die Unterlassung der Deklaration bestraft werden. Die Vorlage aber will diese Verwendung von Saccharin ohne weiteres als Fälschung bestrafen. Die Zeit zu einer Besteuerung des Saccharins scheint uns heute noch nicht gekommen. Wir tappen noch völlig im Dunkeln über die finanzielle Wirkung der vorgeschlagenen Besteuerung, deren Höhe in Verbindung mit den Verkehrsbeschränkungen das Gesetz für uns unannehmbar macht. (Bravo! links.)

Abg. **Dr. Rösicke**-Kaiserslautern (B. d. L.): Bei der Saccharinfabrikation werden weniger Arbeiter beschäftigt als bei der Zuckerfabrikation, die zurückgehen würde, wenn das Saccharin nicht hoch besteuert würde. Also die Herren der äußersten Linken handeln wieder einmal nicht im Interesse der Arbeiter, sondern einiger weniger Großfabrikanten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Haltung des Zentrums ist mir unverständlich. Wir haben im Interesse der Konsumenten und der Arbeiter gar keine Veranlassung, die Surrogatproduktion in Deutschland aufkommen zu lassen. Die Saccharinfabrikation repräsentiert die Zurückdrängung von 10000 Morgen Rübenbau. (Hört! hört! rechts.) Leider hat die Regierung nicht die Energie gehabt, das Gesetz in der That wirksam zu gestalten. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an den praktischen Engländern, die in 3 Tagen mit den doktrinärsten Anschauungen total gebrochen haben. Hoffentlich arbeitet die Kommission in diesem Sinne. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schrader** (Frs. Vg.): Wir sind prinzipielle Gegner der Vorlage. Wir wollen nicht einen Industrieweg nur deshalb besteuern, weil er einem anderen Industrieweige Konkurrenz macht. Die Erhebung des vorgesehenen Zolles ist ganz undurchführbar, die Versuchung zur Defraudation eine viel zu große, denn es können Quantitäten, die 80—100 Mk. wert sind, bequem in der Tasche mitgeführt werden. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Wurm** (Soz):

Herr Paasche und der Herr Staatssekretär haben behauptet, ich hätte heute einen anderen Standpunkt eingenommen wie 1898. Damals handelte es sich aber um den Gesetzentwurf, der sich auf den gewerblichen Vertrieb von Saccharin beschränkte, da habe ich allerdings eine Steuer von 80 Mk. für unzureichend erklärt. Heute aber handelt es sich außerdem noch um den Privatvertrieb. Ich habe meine Auffassung nicht geändert, wohl aber der Staatssekretär, der damals erklärte, daß ein Schutzzoll auf Saccharin unmöglich sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn heute große Massen der armen Bevölkerung sich keinen Zucker kaufen können, so ist das gerade die Schuld der Herren, die die Zuckergesetzgebung inauguriert haben und jetzt die Förderer des Zuckerringes sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Herr Rösicke meinte, es werde den Arbeitern Arbeitsgelegenheit entzogen, wenn die Saccharinproduktion die Zuckerproduktion zurückdränge. Bei Ihrer Zollpolitik lassen Sie sich durch solche Rücksichten nicht bestimmen. Im übrigen ist es unrichtig, daß die Zuckerproduktion unter der Produktion des Saccharin zu leiden hat. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Speck** (Ztr.) erklärt, daß wenn seine Partei auch einer Resolution betr. die Saccharinsteuer zugestimmt habe, damit durchaus nicht auf den in der Vorlage vorgesehenen Steuersatz sich festgelegt habe.

Nachdem die Abgg. **Paasche** (natl.) und Dr. **Rösicke** (B. d. L.) nochmals gegen den Abg. Wurm polemisiert haben, schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Herr Eickhoff und Herr Wurm haben mich der Vaterschaft an diesem Gesetzentwurf bezichtigt. Ich lehne diese Vaterschaft ausdrücklich ab. Durch bloße Anregung wird kein Mensch Vater. (Große Heiterkeit.) Wenn ich aber der Vater dieser Vorlage wäre, so würde sie meiner ganzen körperlichen und politischen Konstitution entsprechend etwas derber und kräftiger ausgefallen sein. (Erneute große Heiterkeit.)

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz.)

Schluß 5¼ Uhr.

Soziales.

Alters- und Invalidenversicherung in Frankreich.

Die französische Deputiertenkammer wird den Entwurf eines Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes zu beraten haben. Es handelt sich um einen Initiativantrag, der bereits eine Beratung in einer Kommission hinter sich hat. Der Antrag stellt das Prinzip auf, daß jeder Arbeiter, oder in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft Angestellte, ferner jeder Teilnehmer oder Hilfsarbeiter eines produktiven Arbeiterverbandes, wenn er der französischen Nationalität angehört und den gesetzlichen Vorschriften der Vorlage entspricht, Anrecht hat 1. auf eine Pension im Alter von 65 Jahren und eintretendenfalls auf eine vorzeitige Invalidenpension, die monatlich pränumerando zu zahlen ist; 2. wenn er verheiratet ist, im Sterbefalle auf eine Summe von 500 Frank (400 Mk.) für die überlebende Witwe und wenn er ein oder mehrere eheliche oder anerkannte natürliche Kinder unter 16 Jahren hat, noch besonders auf ein Kapital von 500 Frank für diese. — Jeder Arbeiter oder Angestellte unter 65 Jahren hat täglich vom Lohne 5 Centimes (4 Pfennig) wenn er weniger als 18 Jahre alt ist und nicht zwei Frank täglich verdient, und in den anderen Fällen 10 Centimes (8 Pfennig) an die Versicherungskasse abzuführen. Ein besonderer Artikel ermächtigt die Arbeiter zu höheren Zahlungen, um sich größere Pensionen zu sichern. Diese Summen werden seitens der Arbeitgeber von den Löhnen einbehalten und direkt an die Altersversorgungskasse abgeführt. Außerdem müssen diese einen Beitrag in gleicher Höhe leisten. Von den Löhnen der ausländischen Arbeiter wird nichts abgezogen, aber die Arbeitgeber oder Arbeiterverbände, die solche beschäftigen, müssen täglich für jeden derselben ohne Rücksicht auf Alter und Lohn zwanzig Centimes an die Kasse zahlen.

Der Antrag sieht 360 Frank als Minimal-Altersrente vor. Wenn bei der Schlußliquidierung im Alter von 65 Jahren die Arbeiterpension nicht diese Höhe erreicht, wird sie aus einem

---

60] [Nachdr. verb.]

Der Millionenbauer.

Roman von Max Kretzer.

„Du hast ihm den Vorwurf gemacht, er wolle auf seine eigene Tasche spekulieren," fuhr Marie in derselben atembeklemmenden Erregung fort. „Ja, Du hast sogar von Bauernfänger gesprochen. Mach' keine Ausreden, Papa — es ist wahr! Ich weiß alles. Vor einer Stunde war der Major bei uns und verlangte Genugthuung .... Es passiert etwas Fürchterliches, wenn er sie nicht bekommt. Und er soll sie haben — muß sie haben! Es ist Deine Pflicht als anständiger Mann, sie ihm zu geben. Du wirst Abbitte leisten. Und zwar in meiner Gegenwart wirst Du den Brief schreiben."

„Sage 'mal — Du bist wohl verrückt geworden. Wenn Du weiter nichts wolltest, hättest Du zu Hause bleiben können." Auf diese Enthüllung war er nicht vorbereitet gewesen; er heuchelte aber Gleichmut. Da ihm jedoch die Situation unangenehm war, so erhob er sich und schritt der Thür zu. „Gute Nacht. Unterhalte Dich mit Deiner Mutter."

„Papa, gehe nicht so fort!" Sie stand am Sofatisch, hatte den Schleier zurückgeschlagen und stützte sich mit der linken Hand auf die Platte. Die Brust arbeitete heftig, das Gesicht war bleich. Ihre ganze Gestalt erzitterte unter dem Ausbruch ihrer Leidenschaft. Mit groß aufgerissenen Augen, den Mund halb geöffnet, heftig nach Atem ringend, blickte sie ihm nach. „Papa, bleibe hier! Ich beschwöre Dich!"

„Mein Gott, ich begreife das alles noch nicht," fiel Henriette ein, die sich ebenfalls erhoben hatte und wie ratlos dastand. „So höre doch weiter," wandte sie sich dann an ihren Mann.

„Ja, was denn noch?" Köpke drehte sich zu ihr um und blickte, die Hände in den Hosentaschen, mit spöttischem Gesichtsausdruck auf seine Tochter.

„Papa, ich wiederhole nochmals: Es giebt ein Unglück. Erfülle meinen Wunsch!"

„Ach, Dummheit. Laß doch diese albernen Drohungen. Was ich gethan habe, werde ich verantworten. Es ist so, wie ich geschrieben."

„Nein, es ist nicht so. Begreifst Du denn gar nicht, was das heißt, die Ehre eines völlig unschuldigen Menschen in den Staub zu ziehen, sie mit Schmutz zu bewerfen, und ihn wie einen Verbrecher zu entwürdigen? Wir alle haben diese Heirat gewünscht, und Du bist derjenige gewesen, der meinem Manne zuerst dieses Haus geöffnet hat. Der Major kam hierher im Vertrauen auf Deine Diskretion. Das Glück seines Sohnes lag ihm am Herzen, wie Euch das meinige. Er hatte nur seine Vaterpflicht erfüllt. Ich weiß am besten, daß ihm jeder Vorteil fern lag. Mein Mann wollte ihm hunderttausend Mark schenken, aber er wies sie entrüstet von sich."

„Ja, das ist wahr," fiel Henriette wieder ein.

Köpke blickte groß auf; sein Blick ging prüfend von der Mutter zur Tochter. Wollte man ihn fangen, um ihm einen Beweis für die Ehrlichkeit seines Feindes zu geben? Sein Mißtrauen behielt die Oberhand.

„Ei, das ist ja recht feierlich," sagte er dann und kniff die Augen listig zusammen. „Also hunderttausend Mark wollte er verschenken, und der Alte hat sie nicht genommen! .... Wer's glaubt, wird selig." Langsam stieg die Wut in ihm auf. „Und solchen Leuten wird noch beigestanden. Hahaha. Du hast ja das Lügen gut gelernt. Immer den Vorteil der anderen."

Marie stieß einen leisen Schrei aus. „Papa, ich bin Deine leibliche Tochter, aber mache mir nicht vergessen, daß ich's bin."

„Nun, was soll das! Willst Du in meinem eigenen Hause anfängig werden, wie?" schrie er laut. Rot im Gesicht, wollte er auf sie zu, aber Henriette trat dazwischen.

Marie konnte sich kaum noch beherrschen. „Laß ihn nur die Hand gegen mich erheben, Mama, wie er es heute nachmittag gegen Deinen alten Bruder gethan hat. Ich werde mich nicht wehren, denn ich habe das vierte Gebot gelernt."

Köpke lachte laut auf. „Das vierte Gebot, das vierte Gebot! Hast Du es geübt, als Du Dich vor mir an jenem Abend verleugnen ließest? Eine Bedientenseele habt Ihr bestochen, um mich los zu werden. Und so was setzt sich noch aufs hohe Pferd."

„Ich habe Dir schon einmal gesagt, daß ich unschuldig daran bin."

„Dann sage dem noblen Herrn Baron — er soll kommen um Abbitte leisten."

„Er wird Dich nachträglich noch um Verzeihung bitten, er soll es. Ich verspreche es Dir. Aber dafür kann doch sein Vater nicht, daß er Dich gekränkt hat!" Plötzlich änderte sich ihre Stimmung. Sie legte die Tasche, die sie während der ganzen Zeit unter dem Mantel verborgen gehalten hatte, auf den nächststehenden Fauteuil, eilte auf ihren Vater zu, umschlang ihn und ließ sich langsam zu seinen Füßen gleiten. „Papa, ich bitte Dich aus tiefstem Herzen, nimm alles zurück. Du weißt nicht, was Du mir dadurch thun würdest. Wenn es nicht geschähe, ich müßte mich schämen, jemals vor die Augen meines Schwiegervaters zu treten. Aber es würde Schlimmeres kommen. Ich kann Dir nicht sagen, was vorgefallen ist .... Thue es doch!" Mit feuchten Augen blickte sie zu ihm empor. Mehrmals wiederholte sie ihre Bitte. Er wurde nicht gerührt; nur eine Bewegung seines Kopfes verriet, daß er schwankte.

„Aber so laß Dich doch nicht so lange bitten. Das sollte ein Mensch mit ansehen! Du bist ja der reine Rabenvater," brauste Henriette auf. Sie beugte sich über ihre Tochter und versuchte sie sanft emporzuheben. Köpke wandte sich unwillig seiner Frau zu. Schlug sie wieder den früheren Ton an, wollte sie die alte Herrschaft wieder erringen? Das wäre ja noch schöner! Sein Entschluß war gefaßt.

„Es thut mir leid, aber ich kann Dir in dieser Beziehung nicht dienen. Steh' nur auf," sagte er mit seiner alten Starrheit und machte einige Schritte zur Seite.

Eine halbe Minute lang lag Marie wie gebrochen auf derselben Stelle, dann erhob sie sich, unterstützt von ihrer Mutter. Im Augenblick wußte sie kaum, was vorangegangen war. Eine Weile herrschte Schweigen. Dann brach die Empörung in ihr los. Mit einem Satz war sie am Tisch und ergriff die Tasche, so daß Henriette erst der Meinung war, sie wolle gehen.

„Mit das Dein letztes Wort, Papa?" Ihre Züge waren verzerrt, so daß sie älter aussah. Stoßweise ging ihr Atem; unheimliches Feuer brannte in ihren Augen. Henriette starrte sie wie eine Fremde an.

„Du hast's gehört." Er wagte nicht, sie anzusehen.

Sie rang kurze Zeit nach Atem, dann preßte sie in abgebrochenen Sätzen hervor: „Nun gut. Dann treibst Du mich zum Aeußersten .... Ich habe zu Deinen Füßen gelegen, und Du hast Dich von mir gewandt .... Die Schuhe hätte ich Dir geküßt, wenn Du meinen Wunsch erfüllt hättest. In dieser Minute sehe ich ein, daß ich einen geldgierigen Schacherer zum Vater habe, aber keinen Menschen, der fühlt, wie andere Menschen fühlen, der noch andere Dinge kennt, als die gemeine, ganz gewöhnliche Spekulation. Jetzt sehe ich auch ein, daß mein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190104 24-18/fragment/page=0005

Spezialfonds, der von den Bezirkskassen errichtet wird, in entsprechendem Maßstabe erhöht. Als einzige Bedingung wird verlangt, daß die gezahlten Beiträge mindestens 7500 Arbeitstage darstellen müssen. — Der Antrag sieht auch die Fälle vor, daß der Arbeiter vor dem 65. Lebensjahre die Liquidierung aus eigenem Antriebe oder wegen Invalidität verlangen könnte. Im ersteren Falle kann der Arbeiter die Liquidierung im 45. Lebensjahre nach Maßstab seiner Einzahlungen und derer des Arbeitgebers, aber ohne jeden Staatszuschuß, fordern. Im Fall eines Arbeitsunfähigkeit oder Beschränkung nach sich ziehenden Unfalles kann der Arbeiter in jedem Alter die Liquidierung seiner Alterspension verlangen, vorausgesetzt, daß seine Einzahlungen 2000 Arbeitstagen entsprechen. Sollte diese nicht 200 Fr. (160 M.) erreichen, so wird sie durch Zuschüsse aus den Bezirkskassen auf diese Höhe gebracht.

Soweit der Entwurf, wie er von der parlamentarischen Kommission angenommen worden ist. In seinen Hauptbestimmungen unterscheidet er sich sehr vorteilhaft von dem deutschen Gesetz. Währenddem unsere „Arbeiterrentiers“ nur 33 Pf. pro Tag erhalten, sind den französischen 80 Pf. zugedacht, und zwar schon vom 65. Lebensjahre an, während unsere bis zum 70. Jahre warten müssen. Auch die Berechnung der Einzahlungen nach Arbeitstagen scheint uns eine einfachere zu sein, als die bei uns übliche.

— **Der Achtstundentag in Frankreich.** Der französische Handelsminister hat für die Arbeiter der Pariser Telegraphen- und Telephonverwaltung den Achtstundentag eingeführt. Diese Arbeiter befanden sich bisher, sowohl was Lohn und Arbeitszeit als auch die sonstigen Arbeitsbedingungen betrifft, in einer zu ihren Leistungen in keinem Verhältnis stehenden Lage. So forderten sie seit langem die dauernde Anstellung und die Pensionsberechtigung. Millerand hat nun diese Forderung bewilligt und überdies den Achtstundentag und einen Minimallohn von fünf Franks eingeführt. Der Lohn kann bis auf acht Franks steigen. An Sonn- und Festtagen wird nicht gearbeitet, der Lohn für diese Tage aber bezahlt. Macht eine dringende Reparatur die Arbeit an einem freien Tage notwendig, so wird für jede Arbeitsstunde ein Achtel des Tagelohnes, für die gesamte Arbeitszeit aber mindestens ein halber Tagelohn bezahlt. Ebenso wird für jede Stunde Nachtarbeit ein Achtel des Tagelohnes bezahlt; am Tag nach einem Nachtdienst hat ein Arbeiter um so viele Stunden weniger zu arbeiten, als er bei der Nacht gearbeitet hat. Für den Weg zum und vom Arbeitsort werden für jede halbe Stunde 15 Centimes bezahlt. Wird ein Arbeiter in seiner dienstfreien Zeit zur Direktion gerufen, um einen Auftrag entgegen zu nehmen, so erhält er 30 Centimes.

— **Die Lage des Arbeitsmarktes.** Der Niedergang in den Beschäftigungsverhältnissen der deutschen Arbeiter, wie er seit Jahresfrist deutlich erkennbar ist, hat im März angedauert, ohne jedoch weitere Fortschritte zu machen. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt angeschlossen sind, drängten sich um je 100 offene Stellen 122,2 Arbeitsuchende, während in dem entsprechenden Monat des Vorjahrs Angebot und Nachfrage sich ziemlich genau (99,8) die Wage gehalten hatten. Die Zunahme der Beschäftigten in den Krankenkassen, die regelmäßig mit Beginn des Frühjahrs eintritt, war in diesem März um 1 Prozent stärker als im vorjährigen (3,9 gegen 2,9); was freilich in der Hauptsache auf den abnorm starken Rückgang im Februar zu schieben ist. Die gespannte Lage in der Metall- und Maschinenindustrie dauert unverändert fort. In den Textilgewerben wird in Schlesien geklagt, während in Rheinland-Westfalen wenigstens die Leinenwimmerei gut beschäftigt ist. Das Baugewerbe leidet unter den Verhältnissen des Hypothekenmarktes, hat aber an einzelnen Orten die Frühjahrs-Witterung doch schon auszunutzen vermocht. Das Zurückströmen der Arbeiterinnen in den häuslichen Dienst, das bei einem Uebergang der Industrie auf die Dauer unvermeidlich ist, hat bis jetzt nicht stattgefunden. Nach dem Urteil der genannten Zeitschrift dauert der Dienstbotenmangel einstweilen fort.

— **Unternehmergewinne. 9 628 712 M. Reingewinn** ist das Geschäftsergebnis der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen für das Jahr 1900. Im Vorjahr wurden nur 8 948 652 M. erzielt. An dem Geschäft sind bekanntlich mehrere württembergische Finanzleute hervorragend beteiligt, z. B. der frühere Reichstagsabgeordnete G. Siegle. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, 3½ Millionen Mark für Amortisation ꝛc. zurückzulegen, die übrigen **5½ Millionen Mark** aber unter die kleine Zahl der Aktionäre in Form einer Dividende von 24 Proz. **zu verteilen.** Die Herren werden diesen mühelosen Ertrag zu ihren Rieseneinkommen legen, ohne daran zu denken, daß die vielen Arbeiter der Fabrik, deren Arbeit dieser Ertrag zu danken ist, trotz ihrer gesundheitsschädlichen Arbeit fast noch Hunger leiden müssen. Sie werden die „göttliche Weltordnung“ preisen, die sie an die Sonnenseite des Lebens gebracht hat und mit Zähigkeit diesen Zustand sozialer Barbarei zu erhalten suchen.

— **Ein Sittenbild aus dem Lande der Junker.** Einen erschreckenden Einblick in den unglaublich tiefen Bildungsstand der Landbevölkerung der östlichen Provinzen gewährte eine Gerichtsverhandlung, die kürzlich in Stendal stattfand. Eine 19jährige „Sachsengängerin“ aus Lakowitz in Oberschlesien war wegen versuchten Kindesmordes vor dem Schwurgericht angeklagt. Es wurde festgestellt, daß sie nur drei Jahre eine Dorfschule besucht hat; vom 9. Lebensjahre an hat sie gar keinen Unterricht mehr genossen. Sie war nämlich schon in diesem Alter bis zum 14. Lebensjahre als Hütemädchen auf verschiedenen Stellen beschäftigt. Kaum 13 Jahre alt, gebar sie einen Knaben, der jetzt bei ihren Eltern in Pflege ist. Einige Jahre später wurde sie zum zweitenmal Mutter; das Kind starb bald darauf. In ihrem letzten Dienst zu Schönhausen in der Altmark gebar sie zum drittenmal; das neugeborene Kind warf sie in den Abort. Dort wurde es aber bald gefunden und ist jetzt noch am Leben; es ist in Stendal in Pflege gegeben worden. Der Angeklagten, die weder lesen noch schreiben kann, wurden wegen ihres niedrigen Bildungsgrades mildernde Umstände zugebilligt; das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Konferenz des 10. Bezirks des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gehilfen für Halle, Leipzig und Chemnitz.

Als Delegierte waren aus **Halle a. S.** die Kollegen Muck, Hoffmann und Gießler, aus Leipzig die Kollegen Berger, Dörfer und Reimann erschienen. Chemnitz war nicht vertreten.

Kollege Muck eröffnete die Konferenz um 4 Uhr nachmittags und hieß die Kollegen herzlich willkommen und bedauerte zugleich, daß nicht mehr Kollegen aus Halle mit erschienen waren. (Die Interessenlosigkeit für den Verband spricht viel mit.)

Als Vertrauensmann für den 10. Bezirk wurde Kollege Reimann aus Leipzig einstimmig gewählt.

Punkt 3: Wie betreiben wir am besten und nutzbringend die Organisierung. Hierzu führte Kollege Dörfer aus, daß es am besten ist, wenn jeden Monat öffentliche Versammlungen abgehalten würden, wo Aufklärung für die noch nicht organisierten Kollegen gebracht wird. Ferner beantragte er auch die Einführung eines Damenfriseurkursus und Schminkkursus zum Herbst, damit die Kollegen mehr Gelegenheit haben, sich auch in diesem Fache auszubilden. Kollege Gießler brachte auch die Arbeitslosenunterstützung zur Sprache, er führte die bedeutenden Fortschritte an, die man anderorts gemacht hat und die sich sehr gut bewährt haben.

Der Antrag des Kollegen Berger: Streikfonds und Genossenschaftsgeschäfte, wurde zur nächsten Konferenz vertagt.

Punkt 4: Anträge der Delegierten. Es ging ein schriftlicher Antrag vom Kollegen Straube aus Leipzig ein. Punkt 1: Die zu stellenden Forderungen über Lohn und Arbeitszeit sollen so viel wie möglich in Halle und Leipzig zu gleicher Zeit gestellt werden.

Punkt 2: Die Forderungen müssen die gleichen sein, andernfalls sollen sie den Ortsverhältnissen angepaßt werden. Zu Punkt 2 führte Kollege Gießler aus, daß die Forderungen hier in Halle 14 Tage bis 3 Wochen später gestellt werden als in Leipzig, damit event. Streikende unterstützt werden. Hierzu ging folgende Resolution ein:

„Die Delegierten des Halleschen Zweigvereins verpflichten sich, dahin zu wirken, daß sie zunächst die Forderungen durchdrücken, die in Leipzig schon gewährt sind.“

Der Antrag des Kollegen Berger betreffs einer Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurde wohl einer längeren Debatte unterworfen, aber doch bis zur nächsten Konferenz vertagt, da erst von den Zweigvereinen die Resultate abgewartet werden sollen. Der zweite Antrag des Kollegen Berger betreffs Freigabe der zweiten Feiertage an den drei hohen Festen fand lebhafte Erörterung. Es wurde bekannt gegeben, daß bereits vom Hauptvorstand eine Denkschrift ausgearbeitet wird betreffs der zweiten Feiertage und des 8 Uhr-Ladenschlusses, um Unterschriften zu sammeln und an den Reichstag einzusenden. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die 1. Konferenz des 10. Bezirks beschließt, dahin zu wirken, daß an dem 2. Feiertag der drei hohen Feste gänzlich zu schließen ist.“

Kollege Berger stellt den Antrag wegen der Maifeier. Dieser Antrag wurde auch bis zur nächsten Konferenz vertagt, da die Zeit jetzt schon zu kurz ist, um in den Zweigvereinen darüber zu agitieren. Auch stellt er den Antrag, daß die nächste Konferenz im Juni 1901 stattfinden soll. Der zu bestimmende Tag bleibt dem Vertrauensmann überlassen. Antrag des Kollegen Muck: Wodurch können wir unsern Lohn erhöhen und die Arbeitszeit verkürzen? Dieser Antrag ist teils durch den Antrag des Kollegen Straube-Leipzig, teils durch die Resolution erledigt.

Zu dem Antrag des Kollegen Gießler: „Wie heben wir unsere Organisation in der Provinz Sachsen“, ging folgende Resolution ein:

„Die erste Konferenz des 10. Bezirks, die am 16. April in Halle a. S. stattfand, giebt dem Vertrauensmann anheim, daß er mit den Gewerkschaftskartellen in den Städten in Verbindung tritt, woselbst noch keine Zweigvereine bestehen, um dort welche zu gründen.“

Punkt 5: Gewerkschaftliches, Berufsangelegenheiten und Diskussion. Nachdem der Punkt Berufsangelegenheiten, der sehr viel zu wünschen übrig läßt, erledigt ist, wurde mit einem Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung und Absingen des Verbandsliedes die Konferenz um ½9 Uhr geschlossen.

Die Delegierten aus Leipzig begaben sich sodann um 10 Uhr nach der Mitglieder-Versammlung, welche im Goldenen Hirsch stattfand, wo es zwischen dem stellvertretenden Altgehilfen Berger aus Leipzig und dem Altgehilfen Blume von hier zu sehr erregbarer Debatte kam, weil letzterer zu sehr um das Gehilfenwohl bedacht ist. Auch wurde die Maifeier besprochen, wo die Arbeiterschaft von Halle aufgefordert wird, sich am Vorabend des 1. Mai bedienen zu lassen und nur in solchen Geschäften, wo organisierte Gehilfen arbeiten. Diese Geschäfte werden in nächster Zeit auch bekannt gegeben.

F. M.

Parteinachrichten.

— **Die Göhredebatte** hat unserem Chemnitzer Bruderorgane, der Volksstimme, Gelegenheit gegeben, eine kleine Attacke gegen uns zu unternehmen, weil wir geschrieben hatten, am gründlichsten würde Göhre die Meinung, es komme ihm vor allem auf ein Reichstagsmandat an, dadurch zerstören, daß er die Kandidatur im 15. sächs. Wahlkreise den dortigen Genossen wieder zur Verfügung stelle. Die Chemnitzer Volksstimme hält unseren Vorschlag für durchaus verfehlt. Unserer Auslassung, Göhre habe noch manche Anwandlung aus der Zeit seiner bürgerlichen Anschauung abzustreifen, insbesondere die über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum, glaubt unser Bruderorgan durch die Gegenfragen parieren zu können, ob wohl alle Sozialdemokraten im Saalkreise genau so über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum dächten wie wir selbst, und ob ferner jeder sozialdemokratische Israelit usw. so peinlich daraufhin beobachtet wird, wie er sich das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Synagoge denkt.“ Was die letztere Frage bedeuten soll, ist uns nicht klar, die Chemnitzer Volksstimme möchte da schon deutlicher werden, wenn sie unsere Antwort haben will. Betreffs der ersten Frage aber können wir unserem Bruderorgane nur die Versicherung abgeben, daß uns abweichende Meinungen bis zur Stunde noch nicht zu Ohren gekommen sind. Daß aber selbst dann, wenn dies der Fall wäre, durchaus noch nicht bewiesen wäre, daß unsere Meinung die falsche und die gegenüberstehende die richtige wäre. Oder glaubt die Chemnitzer Volksstimme, jede beliebige, von der Parteitheorie und Parteitradition abweichende Meinung habe schon dadurch, daß sie überhaupt von einem Parteigenossen aufgestellt werde, nicht nur ihre Existenzberechtigung sondern auch ihre Gleichwertigkeit mit den aus langer Erfahrung und gründlicher Untersuchung herausgereiften Anschauungen erwiesen? Wir glauben kaum, daß unsere Chemnitzer Kollegen diesen Standpunkt einnehmen wollen.

Doch diese Gegenfragen hätten uns keine Veranlassung gegeben, unserem Bruderblatte etwas zu erwidern. Das geschieht vielmehr wegen nachfolgenden Satzes:

„Es wäre eine Kapitaldummheit vom Genossen Göhre, wenn er dem liebenswürdigen Wunsche des Halleschen Volksblattes entspräche und seine Kandidatur niederlegen würde. Das ist übrigens ein merkwürdiger Rat an einen Genossen in einer Kampfpartei, er solle, weil ein paar Schüsse gegen ihn abgefeuert worden sind, **die Flinte ins Korn werfen.“**

Ei ei! Die Niederlegung einer von allen Parteigenossen angefochtenen Kandidatur bedeutet also für unser Chemn. Parteiorgan ein „Flinte ins Korn werfen“. Wir müssen gestehen, daß eine derartige Auffassung über die Parteithätigkeit uns aufs höchste befremdet. Sollten wir wirklich schon so weit gekommen sein, daß alle andere Parteithätigkeit außer der Ausübung eines Reichstagsmandats nichts gilt, daß die Buchstaben „M. d. R.“ auf den Visitenkarten erst den vollwertigen Parteigenossen kennzeichnen? Die Redewendung von „die Flinte ins Korn werfen“ ist unserem Bruderorgan wohl nur unbedacht entflossen. Wäre das nicht der Fall, dann müßten wir mit aller Schärfe gegen eine solche Auffassung protestieren. Notwendig ist's aber trotzdem, daß die Chemn. Volksstimme diese sehr eigentümliche Redewendung widerruft oder präzisiert.

Gewerkschaftliches.

Zur materiellen Sicherstellung seiner Beamten hat der Deutsche Metallarbeiterverband einen guten Schritt nach vorwärts gethan. Nach einem Antrag des Hauptvorstandes sollen zur besseren Betreibung der Agitation und Leitung der Organisation zehn Agitations- und Verwaltungsbezirke (sogen. Gaue) errichtet werden, mit einer besoldeten Person an der Spitze. Nach der Kalkulation des Vorstandes ist im Voranschlag

---

Mann damals das richtige Gefühl hatte, als er Dich nicht für würdig hielt, unter gebildeten und wohlerzogenen Leuten zu erscheinen.“

„Aber Kind, höre auf!“ ward Henriette laut ein, als sie den fürchterlichen Blick ihres Mannes sah. Fahl vor Wut, mit geballten Fäusten stand er da.

„Laß sie nur . . . Weiter, nur weiter!“ sagte er mit der haßerfüllten Stimme eines Menschen, der die nächste Sekunde abwartet, um sich auf seinen Gegner zu stürzen.

„Du warst es, der sich zuerst an Hugo herangedrängt hat. Du wurdest sogar aufdringlich, trotzdem man Dir aus dem Wege ging.“

„Frauenzimmer, hör' auf!“

Henriette trat mit ausgebreiteten Armen zwischen beide.

„Ich liebe meinen Mann, und würde ich ihn verlieren, so wäre ich unglücklich Zeit meines Lebens,“ fuhr Marie unbeirrt fort. „Er ist leichtsinnig, aber nicht schlecht. Und morgen schon soll zwischen uns beiden ein ganz anderes Verhältnis eintreten, wenn Du meinen Wunsch erfüllst. Ich bin hierher gekommen, um mein Glück zu retten. Das dürfte Dir genügen. Ich verlange nur von Dir, was gerecht und menschlich ist. Also nochmals, willst Du —?“

„Geung jetzt. Dort ist die Thür.“

„Papa, nochmals — . . . Ich töte mich vor Deinen eigenen Augen. Sieh' hier.“ Sie hatte den Revolver hervorgezogen und schritt rückwärts bis zur äußersten Ecke des Zimmers.

Henriette schrie auf. Vor Schreck fassungslos, vermochte sie sich nicht von der Stelle zu rühren.

„So nimm ihr doch das Dings weg,“ sagte Köppke, der vor Ueberraschung starr war. Das hatte er nicht erwartet.

„Papa — ich töte auch mein Kind. Nun weißt Du das letzte.“

„Wa — as . . . Dein Kind? Meine Tochter, nicht doch! Nimm Vernunft an,“ bat Henriette mit weinerlicher Stimme. Mit vom Körper gestreckten Händen, als wollte sie beschwichtigen, mit bittendem Gesichtsausdruck bewegte sie sich der Ecke zu. Bei diesem Anblick verlor Marie die Kräfte. Langsam ließ sie die Waffe sinken, schlaff hingen beide Arme an ihrem Körper. Ihre Mutter ergriffe sie, entrang ihr den Revolver und ließ sie auf das Sofa nieder. Kraftlos ward noch immer unbeweglich auf derselben Stelle. Der kalte Schweiß war ihm auf die Stirn getreten.

Bereits mehrmals hatte es ziemlich laut an der Thür geklopft, die nach dem Korridor führte. Jetzt endlich geriet Köppke in Bewegung und öffnete. Theodor erschien.

„Nun, was willst Du denn hier?“ Eine gewisse Veränderung an seinem Schwager fiel ihm sofort auf. Theodor sah weder schüchtern aus, noch zeigte er jene unterthänige Haltung, die Köppke so oft zum Spott herausgefordert hatte. Seine Miene war völlig gleichgültig. Mit Anstrengung in die Höhe gereckt und ohne vor dem Hausherren einen Zoll auszuweichen, schritt er auf das große Zeichenbrett am Fenster zu, das ihm als Pult diente. Hier langte er nach der Lampe, rückte sie heran, nahm Glocke und Zylinder ab und sah sich nach dem Streichholzständer um. Währenddessen erwiderte er ruhig:

„Ich soll doch wohl die Abbitte an den Major schreiben. Marie sagte es mir unten schon.“

Köppke hatte jede seiner Bewegungen schweigend und mit Verwunderung verfolgt. Empörte sich denn heute alles gegen ihn, hatte selbst diese wankende Ruine noch den Mut gefunden, ihn zum Narren zu haben? Sein Ingrimm wurde noch gesteigert, als Theodor anscheinend ganz harmlos frug:

„Soll ich den Brief aufsetzen, Schwager?“

„Du hast wohl gehorcht draußen, was?“ Er vermochte nur mit Mühe an sich zu halten.

„Ja, ich habe eine Weile draußen gestanden. Man hörte es ja schon auf der Treppe,“ erwiderte Theodor ebenso ruhig wie vorher. Plötzlich drehte er sich um und fuhr fort: „Ich will Dir etwas sagen, Schwager: Ich bitte mir jetzt mehr Respekt aus. Sonst —“

Köppke unterbrach ihn mit einem lauten Lachen. „Sonst — sonst —,“ machte er ihm gedehnt nach. „Ich bin doch neugierig, was dieser Herr Sonst zum Vorschein bringen wird.“

Mutter und Tochter erhoben sich zu gleicher Zeit; sie befürchteten, daß die Szene vom Nachmittag sich wiederholen könnte. „Aber ich bitte mir aus, daß Du meinen Bruder anständig behandelst,“ warf Henriette ein. „Dieses ewige Schimpfieren soll ein Ende haben.“

Auch Marie drängte sich vor und machte einige Bemerkungen — zu gunsten des Onkels. Ihre Aufregung hatte sich gelegt; willenlos, wie sie jetzt war, vermochte sie den ganzen Vorgang von vorhin nicht zu begreifen. Die Erinnerung an ihren letzten Ausruf machte immer aufs neue ihr Gesicht erglühen. Vor ihr auf dem Tische lag der Revolver. Es ernüchterte sie wie ein Fieberschauer, wenn sie ihren Blick auf ihn richtete und daran dachte, was für eine That sie hatte begehen wollen.

Zum Erstaunen aller schritt Theodor langsam zu beiden Thüren, öffnete sie, blickte hinaus, schloß sie wieder und kehrte mit derselben Bedächtigkeit auf seinen Platz zurück. Hier stellte er sich mit dem Rücken gegen den Tisch, so daß er alle drei vor Augen hatte, und sagte: „Sonst, Herr Schwager — — Aber ich weiß ja nicht, ob ich 's sagen darf. Deine Frau und Tochter sind ja hier.“

„Sprich es nur frei heraus. Ich will es auch hören,“ fiel Henriette ein.

„Nun denn in Gottes Namen,“ begann Theodor. „. . . Ich will, Herr Schwager, daß Du wieder vernünftig wirst, und Deiner Frau und Deinen Kindern alles zu Liebe thust. Sonst werde ich Fritz von hinten holen . . . Weißt Du noch, Herr Schwager, was Du damals, vor drei Jahren dem alten Kraatz erzähltest, als Ihr unten beim Weine saßet —: daß Deiner Schwester Johanna eigentlich die Hälfte Deines Vermögens gebührte? Ich stand dabei und hörte alles. Kraatz hat es mir später auch erzählt. Du mußtest Deinem Vater auf dem Sterbebette das Wort geben, den Schaden wieder gut zu machen . . . Kraatz will es beschwören, und ich kann es auch. Ich habe bis heute geschwiegen, nun aber verdienst Du's, daß man's Dir sagt . . . Als Du die beiden da hinten verlobtest, schnappte ich unten auch noch was auf . . . wie jetzt Dich darnach fragte. Ich sagte mir sofort, daß er einen Verdacht mit sich herumtrage . . . Und wenn ich jetzt nach hinten ginge, ihn holte, ihm alles das erzählte, dann könntest Du einmal sehen, wie ein Haus zittert. Ich glaube, Du hättest ihn um Gnade zu betteln. Mit der Gemütlichkeit wäre es zu Ende . . . Das Schlimmste aber wäre, er würde es heute noch hinausposaunen auf die Straßen . . . Schwager, denke an Dein Gewissen und sieh' die dort an, die Fleisch von Deinem Fleisch und Blut von Deinem Blut ist . . . Verheirate den da hinten, gieß ihm eine anständige Mitgift, und ihm später das übrige. Dann wird er zufrieden sein. Erbschaftsstreitigkeiten sind keine Kleinigkeiten, die ziehen sich in die Länge. Wie breit hier werden dürfen sein wie die frische. Aber herberes aus nicht heraus. Nochmals, Schwager — werde vernünftig. Das Alter holt Du . . . Und nun kann ich wohl auch den Brief beginnen?“ Er setzte sich, holte seine Brille hervor und begann die Gläser zu putzen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010424-18/fragment/page=0006

pro Bezirk ein jährlicher Betrag von 5500—6000 M., also für alle zehn Bezirke zusammen ein Betrag von 55 000—60 000 in Rechnung zu stellen. Bezüglich der Besoldung dieser Bezirksleiter steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß diese eine derartige sein muß, daß nicht nur der Betreffende damit auskommen kann und jeglicher Sorge um seine Existenz behoben ist, sondern daß sie auch eine Gewähr dafür bietet, daß sich nur tüchtige Kräfte zur Verfügung stellen und diese auch dann in ihrer immerhin aufreibenden Thätigkeit nicht erlahmen. Von dieser Auffassung ausgehend, hält der Vorstand ein Anfangsgehalt von 2000 M. im Jahre durchaus nicht zu hoch, schlägt aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich jeder Bezirksleiter erst einarbeiten muß, vor, das Gehalt für diese Beamten mit 160 M. pro Monat im ersten Jahr beginnen zu lassen, bei der Anstellung nach Ablauf dieses Jahres auf 180 M. pro Monat zu normieren und von da an eine monatliche Steigerung des Gehalts um 5 M., bis zum Höchstbetrage von 3000 M. pro Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wären diese Beamten sicher zu stellen gegen Krankheit und Unfälle, die ihnen während ihrer Thätigkeit zustoßen, und auch gegen die Schäden der Invalidität und des Alters. Eine derartige Regelung, wie sie vorgeschlagen ist, würde sowohl den Zielen der Organisation entsprechen, als auch die Gewähr dafür bieten, einen Stab von tüchtigen und schaffensfreudigen Beamten heranzuziehen, zum Vorteil des Verbands.

Ein weiterer Antrag des Vorstands ist von gleich großer Bedeutung für das deutsche Gewerkschaftsleben. Es handelt sich um nichts Geringeres als um ein Pensionstatut für die Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Dem beantragten Statut entsprechend, soll für alle Beamten nach neunjähriger Dienstzeit ein Ruhegehalt von 600 Mk. pro Jahr gezahlt werden. Es steigert sich mit der Dauer der Dienstzeit um jährlich 60 Mk. bis zu einem Höchstbetrage von 1800 Mk. Die Aufbringung der Mittel, die von einem hierzu eingesetzten Verwaltungsausschuß verwaltet werden, erfolgt durch Zuwendungen aus der Kasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, und zwar: a) durch eine einmalige Zuwendung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbands als Stiftungsfonds; b) aus einem Jahresbeitrage in der Höhe von 5 Prozent der aus Verbandsmitteln gezahlten Jahresgehaltssummen und aus sonstigen Zuwendungen. Pensionsberechtigung tritt mit dem vollendeten 60. Lebensjahr oder bei Dienstunfähigkeit infolge körperlicher oder geistiger Schwächung ein. Außerdem ist eine Regelung der Versicherungsfrage gegen Unfallgefahr der Angestellten für den nächsten Verbandstag in Aussicht gestellt.

Ursprünglich war eine Regelung aller dieser Fragen in Gemeinschaft mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden geplant, so heißt es in der Begründung des Antrags. „Da aber nach der Stellungnahme mancher Gewerkschaften zu schließen, an eine Verwirklichung dieses Planes trotz der Sympathie-Erklärung des letzten Gewerkschaftskongresses in absehbarer Zeit nicht gegangen werden dürfte, bleibt unserm Verbande nichts weiter übrig, als die für ihn sehr brennende Frage selbst zu regeln, damit er vorkommendenfalls seinen Beamten gegenüber auch wenigstens gesichert ist."

Wie das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands im Anschluß an den Bericht über dieses Versicherungsprojekt mitteilt, ist auch der Plan der Versicherung aller Gewerkschaftsbeamten seiner Verwirklichung einen Schritt näher gerückt. Die Generalkommission hat nämlich auf Grund des ihr vom dritten Gewerkschaftskongreß erteilten Auftrags ein realisierbares Projekt so weit ausgearbeitet, daß es demnächst veröffentlicht werden kann.

Beendigte Streiks. Der Streik der Theaterarbeiter in Hamburg ist als aussichtslos nach mehrwöchentlicher Dauer aufgehoben. Auch der Streik der Tabakarbeiter in Pasewalk ist wegen Mangels an Unterstützung zu ungunsten der Streikenden beendet.

Unter den Schlächtergesellen Berlins macht sich augenblicklich reges Leben zu gunsten einer Lohnbewegung bemerkbar, die zwecks Erringung einer geregelten und verkürzten Arbeitszeit, Abschaffung des Stellenschachers und der Sonntags-Kündigung und Entlassung geplant wird. Der letzteren Forderung stehen die Meister heute schon nicht mehr so schroff gegenüber wie im Vorjahre; verschiedentlich hat man sich sogar zustimmend hierzu geäußert. Von einer Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitsvermittlungswesens wollen die Herren aber nichts wissen.

In Friedrichshagen befinden sich die Zimmerer seit dem 15. April im Streik. Sie bitten ihre Kollegen, nach dort keine Arbeit anzunehmen.

Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinler als Streikbrecher. Seit Dezember dieses Jahres befinden sich die Drechsler der Holzbearbeitungsfabrik von F. Bendix Söhne, Posen, im Streik, ohne daß es der Firma gelingt, Streikbrecher heranzuschaffen. Jetzt wird dem bedrängten Unternehmer von dem Hirsch-Dunckerschen Organ, der „Eiche", unter die Arme gegriffen. Das Blatt sucht für die genannte Fabrik Drechsler. Wir bitten die Drechsler weiter, der Firma in Posen fernzubleiben, da sie sich mit den Arbeitern in keinerlei Unterhandlungen einlassen will.

Zum Krieg in China.

„Hunnen"-Krieger.

Wir meldeten kürzlich, daß vier bestrafte Chinakrieger unter starker militärischer Eskorte nach dem Festungsgefängnis Spandau gebracht worden seien. Es stellt sich jetzt heraus, daß diese vier Sträflinge eine viel härtere Strafe als einfache Gefängnisstrafe zu verbüßen haben. Sie sind dem Lüneburger Zuchthause überwiesen worden. Wie die Lüneburger Anzeigen zu melden wissen, handelt es sich um vier wegen Mordes und Totschlages von den Kriegsgerichten in Tientsin und Shanghai zu Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren verurteilte Chinakrieger. (!!) — Was sagen die Beschönigungsfabrikanten und ihre Preßkulis denn hierzu?

Eine größere Komödie als den chinesischen Kreuzzug hat die Weltgeschichte wohl nicht aufzuweisen. Auf der einen Seite „erfreulich weit gediehene" Friedensverhandlungen, auf der anderen kriegerische Unternehmungen im großen Stil. Graf Waldersee scheint mit Gewalt sein arg in die Brüche gegangenes Renommee durch eine größere Schlacht wieder herstellen zu wollen, damit er sich der Vorschußlorbeeren würdig erweisen kann. Und der deutsche Michel sieht sich mit dummem Grinsen und stupidem Behagen diese kolonialen Heldenthaten an und merkt gar nicht, wie ihm dabei das Fell über die Ohren gezogen wird.

Aus Paotingfu wird vom 17. d. Mts. telegraphiert: General Bailloud und sein Stab marschierten heute morgen nach dem Süden ab. Mit den letzten französischen Truppen wird auch der Kommandeur der Expedition, General von Lessel, und General von Kettler abgehen. Viele der deutschen Truppen müssen wegen Mangels an Eisenbahnwagen und Lokomotiven die ganze Strecke bis Tingschau marschieren. Die französische Kolonne besteht aus 6 Bataillonen; sie geht südwärts nach Schingtingfu und dann westwärts nach den Schansi-Pässen. Die deutsche Kolonne umfaßt die zweite Brigade, eine Schwadron Kavallerie, zwei Batterien Artillerie und eine Batterie Bergartillerie. Im ganzen marschieren 4000 Mann nach Tingschau, diesseits von Tschingtingfu und von da westwärts nach Singthau. Der Treffpunkt beider Kolonnen ist augenscheinlich der Kukuan-Paß. Es ist aber kein Angriff vor dem 22. April zu erwarten, wo mindestens 8000 Mann bereit sein werden, den Feind anzugreifen.

Aus Huailou wird gemeldet: Am 18. d. Mts. besetzte ein kleines Detachement der Kavallerie in Niunchuang eine kleine Flußbrücke fünf Kilometer von Lincho entfernt. Am Abend gingen drei Reiter unbewaffnet über die Brücke in eins der benachbarten Häuser. Zwei von ihnen, der Gefreite Kunz und Schmidt, wurden, als sie den Hof betraten, angegriffen und von Chinesen getötet. Man erwartet eine scharfe Bestrafung des ganzen Dorfes für diese Mordthat. Die Leichen der Getöteten wurden nach Niuchuang gebracht.

Wie konnten sich die Reiter ohne weiteres von ihrem doch so exponierten Detachement entfernen? Was wollten sie in den Häusern der Chinesen? Haben die Chinesen nicht ihr Hausrecht wahren müssen? Wer mit dem Wesen kolonialer Kriege vertraut ist, kann sich ungefähr ein Bild von den thatsächlichen Vorgängen machen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 22. April 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen sind Petitionen bezüglich der Luftbarkeitssteuer und anderer Dinge. Die Petitionen werden den zuständigen Kommissionen übergeben. Zwei Herren haben eine Eingabe an den Magistrat und das Kollegium gesandt; sie legen dar, daß sie an den Mauerarbeiten der Kaserne beteiligt waren und beschweren sich darüber, daß die Firma Knoch u. Kalimeyer, welche die Kasernenbauten ausgeführt, nach wiederholter Aufforderung nicht abgerechnet habe. Oberbürgermeister Staude entgegnet, er habe sofort veranlaßt, daß die Firma schriftlich ersucht wurde, die Rechnungen zu regulieren. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15. April wurde in die Tagesordnung eingetreten. Auf den Geschäftsordnungs-Antrag des Stadtv. Albrecht wird beschlossen, den Punkt 9 der Tagesordnung zuerst zu erledigen. Dieser betrifft:

Das Verhalten der Polizei zu den Streiks.

Vor 8 Tagen ging seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten folgende Interpellation ein:

Ist Magistrat bereit, darüber Auskunft zu geben, ob das Vorgehen der hiesigen Polizei bei den hier stattfindenden Lohnbewegungen mit seiner Zustimmung geschieht?

Stadtv. Albrecht begründet zunächst den Straßenbahnerstreik, der sich nicht bloß der Sympathie der Sozialdemokratie, sondern auch der Sympathie bürgerlicher Parteien erfreut habe. Der Streik war von kurzer Dauer und die armen Wagenführer erreichten nichts. Als die Wagenführer sich am ersten Abend versammelten, um zum Streik Stellung zu nehmen, kam die Polizei und verbot eine anberaumte Besprechung. Als Grund wurde die Polizeistunde angegeben, die in anderen Fällen zu Verboten von Versammlungen nicht ausreichend erschien. Im übrigen stehe im Vereinsgesetz davon nichts geschrieben, daß durch den Eintritt der Polizeistunde die Versammlungsfreiheit beschränkt werde. Streitfragen, worüber sich Juristen den Kopf zerbrechen, sind von der hiesigen Polizei zu ungunsten der Streikenden ausgelegt worden. Man wußte, daß sich die Leute mit Rücksicht auf ihren Beruf nicht anders als in später Abendstunde versammeln konnten und doch ging die Polizei in keiner einsichtigen Weise vor. Solches Eingreifen kann nicht mehr als unparteiisch bezeichnet werden. Aber auch der Magistrat ist von dem Vorgehen gegen die Wagenführer nicht freisprechen. Er war verpflichtet, darauf zu achten, daß das Publikum tarif- und vertragsmäßig befördert wurde und hätte die Direktion bezw. die Gesellschaft anweisen müssen, alle Strecken im Betrieb zu halten. Wäre das geschehen, dann hätte die Direktion die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllen müssen. Man möge bedenken, daß es nicht nur Arbeiter sind, die streiken und seine Blicke einmal nach Leipzig und München wenden, wo die Aerzte im Streik liegen. (Lautes Lachen bei den bürgerlichen Stadtverordneten und Zuruf von sozialdemokratischer Seite: „Na, was giebt es denn da zu lachen!") Das Lachen sei ein Beweis für das mangelhafte Verständnis, das gewisse Herren von solchen Dingen haben. Der Magistrat und besonders der Oberbürgermeister Staude als Chef der Polizei hat die heilige Pflicht, darauf zu achten, daß die Polizei unparteiisch verfährt. Der Arbeiter hat nach § 152 der Gewerbe-Ordnung das Recht, sich zu koalieren und die Polizei-Verwaltung hat die Pflicht, darauf zu achten, daß der Arbeiter an der Ausübung seines Koalitionsrechtes nicht gehindert wird.

Die Steinsetzer haben ebenfalls nicht aus Frivolität die Arbeit niedergelegt. Sie haben die beste Absicht gehabt, ihre Familie so gut wie möglich zu ernähren. Sie haben das Recht und die Pflicht gute Wohnungen zu beziehen, und bei der Besprechung der Erbbaurechtsvorlage wird es ja bekannt werden, wie es mit den Arbeiterwohnungen aussieht. Wer bewohnt denn die Spelunken, die von der Polizei als unbewohnbar erklärt werden müßten? Auch in diesem Streitfalle hat der Magistrat und besonders das Bauamt gesündigt. Die Baubehörde durfte nicht dulden, daß von den Unternehmern, die gute tüchtige Leute nicht bezahlen wollten, mangelhafte und schlechte Arbeit geliefert wurde. Redner führt nach einem Eingesandt aus dem Volksblatt mehrere Straßen an, in denen das Pflaster von den Unternehmern geradezu liederlich abgeliefert worden sei. Da haben Trottoirplatten ein bis zwei Zentimeter hoch über die glatte Oberfläche hinweg gestanden und um die Murkserei zu vertuschen, habe man die entstandenen Fugen verkleistert. Das sind Streikbrecherarbeiten, die von den sogen. Arbeitswilligen angefertigt wurden. Da hat die Baubehörde ruhig zugesehen, wo sie die Pflicht haben sollte, darauf zu achten, daß das Geld der Gemeinde nicht verschwendet und vergeudet wird. Das Bauamt hat darauf zu achten, daß Steinsetzer beschäftigt werden und nicht Leute, die von den kontraktbrüchigen Maurermeistern als unbrauchbare Arbeitswillige abgeschoben wurden. Das Bauamt habe doch sonst sehr gut gewußt, ob gelernte Steinsetzer beschäftigt wurden. Noch heute könne man sich von der Sorte der jetzt gelieferten Steinsetzerarbeit überzeugen. Man möge einmal das Pflaster vor dem Landgericht in der Poststraße ansehen, da ist Berg und Thal vorhanden und vor der Post will man jetzt dieselbe Arbeit liefern. Das sind Arbeiten, die von einem alten Mann mit einer Anzahl Lehrlinge ausgeführt werden. Die Gemeinde hat ein Recht zu verlangen, daß brauchbare Arbeit geliefert wird, und wird seitens der Behörden darauf nicht geachtet, so handeln sie einseitig und parteiisch. Die Steinsetzer forderten damals keine höheren Löhne und doch hat die Polizei den Leuten bitteres Unrecht zugefügt.

Bei dem Maurerstreik verfuhr die Polizei noch rigoroser. Die kontraktbrüchigen Meister und Bauunternehmer haben den auf bestimmte Frist festgesetzten Lohn willkürlich erniedrigt. Bei anderen Streiks wird gewöhnlich gesagt, die Arbeiter handeln frivol, wenn sie die Abschlüsse der Unternehmer nicht berücksichtigen; in diesem Falle hatten die Unternehmer die Abschlüsse mit den höheren Löhnen gemacht. Sie erniedrigten die Löhne aber und steckten das Geld in ihre Taschen. Wo liegt da die Frivolität? Die Maurer kämpfen jetzt über ein halbes Jahr, um das ihnen Weggenommene wieder zu bekommen. Ein Stück Heldenmut liegt darin, daß die Leute sich so lange mit der geringen Streikunterstützung begnügten. Die Polizei hat sich auch in diesem Fall mit ihrer ganzen Macht gegen die Streikenden und für die Arbeitswilligen in das Mittel gelegt. Die Agenten der Arbeitgeber und die Arbeitswilligen haben ihr Standlokal im Wachtlokal der Polizei. Würde man unparteiisch verfahren, dann müßte man sagen, die Leute haben im Polizeiwachtlokal nichts zu suchen. Auch hierbei hat der Magistrat zu gunsten der Unternehmer eingegriffen, indem er die Streikklausel in die Bauverträge aufnahm. Bauten, die ganz notwendig waren, Schulen 2c. blieben brach liegen. Die Verlängerung des Streiks hat es mit sich gebracht, daß so und so viele Maurer verhaftet wurden; wohl 40 Anklagen sind erhoben worden und meistens nur deshalb, weil die Maurer den Streikbrechern klar machen wollten, weshalb sie sich im Kampfe befinden. Ein Streikender, der verlangte, daß das Trottoir frei gemacht werden sollte, weil die Streikbrecher mit ihrem Gepäck die Wege versperrt hatten, wurde deshalb mit 3 Tagen Haft bestraft. Es wurden auch Leute verhaftet, die mit dem Streik gar nichts zu thun hatten. Ist denn die Polizei dazu da, nur die Arbeitswilligen zu schützen? (Rufe: ja!) Will man sich vielleicht auf die bekannte Kaiserrede vom 6. September 1898 berufen, oder stützt man sich vielleicht noch auf die unselige Zuchthausvorlage der Regierung, die ohne Sang und Klang im Deutschen Reichstage (Zuruf: leider!) begraben wurde. Wehe dem, der einen deutschen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert, hieß es damals, und sind es denn nicht die Arbeitgeber, welche die deutschen Maurer an freiwilliger Arbeit hindern? Wer holt denn die Kroaten, Italiener, Galizier und Böhmen her? Und ist es denn nicht die Polizei, die diesen Leuten ihren Schutz angedeihen läßt. Nicht deutsche, sondern ausländische Arbeiter werden geschützt, wenn es sich um Lohnkämpfe handelt. Da wird immer so viel von Patriotismus geredet, aber gerade diejenigen, die so in Patriotismus übergehen, würden auch noch Chinesen und wenn es nicht anders ist, auch noch Boxer als Maurer herholen und die Polizei würde sich bereit erklären, auch noch diese Leute zu schützen. Nach all den geschilderten Vorgängen ist die Polizei weit über ihre Befugnis und über die Unparteilichkeit hinaus gegangen. Glaubt man denn aber, daß man durch das Anhalten der unteren Polizeiorgane zu solchem Vorgehen einen moralischen Erfolg erzielt? Nein, eine Art Verrohung wird bewirkt. Es giebt Beamte, die sich schämen, solche Mittel deshalb auszuführen. Es mag so sein, daß der Ober-Polizei-Inspektor Wendemann glaubt, recht zu handeln, wenn er den Standpunkt der Unternehmer wahrt. Die Arbeiterschaft verlangt aber den Schutz beider Teile. Die Polizei ist nicht nur für die Unternehmer, sondern für die ganze Bürgerschaft da und deshalb verlange er, Redner, vom Magistrat Aufklärung, ob auch der Magistrat mit dem Vorgehen der Polizeiverwaltung einverstanden ist.

Oberbürgermeister Staude erklärt, immer gern bereit gewesen zu sein, auf Interpellationen vom Kollegium zu antworten. In diesem Falle könne er aber auf die Sache nicht näher eingehen, da die Polizei neben dem Magistrat eine selbstständige unabhängige Behörde sei. Er rate ab, in eine Besprechung über die Interpellation einzutreten, wolle aber doch die gegen Magistrat und Polizei erhobenen Vorwürfe zurückweisen. Stadtv. Albrecht habe die erhobenen Vorwürfe nicht rechtlich begründet. Charakteristisch für den Oberbürgermeister war es, daß er es trotz Abratens von der Besprechung der Interpellation für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß gelegentlich dieses Streiks zahlreiche Aburteilungen wegen Gewaltthätigkeitsvergehen erfolgt wären.

Nach der Geschäftsordnung mußte nun erst darüber abgestimmt werden, ob eine Besprechung der Interpellation gewünscht wurde. Dafür stimmten nur die fünf Sozialdemokraten. Alle anderen Mitglieder des Kollegiums stimmten geschlossen dagegen, wodurch die jedenfalls sehr peinliche Sache glücklich wieder abgeschoben war.

2. und **3. Die Entlastungen** der Rechnungen der Gottesackerkasse für 1898 und der Wasserwerkskasse für dasselbe Jahr wurden erteilt.

Wohnungsnot und Erbbaurecht.

Der Referent dieses Tagesordnungspunktes, Stadtv. Gygas, weist darauf hin, daß eine Petition des Vorstandes des Evangelischen Arbeiter-Vereins gegen den hier hervorgetretenen drückenden Mangel an gesunden und billigen Wohnungen den städtischen Körperschaften Veranlassung gegeben habe, eine gemischte Kommission zur Prüfung dieser Angelegenheit einzusetzen. Es ist polizeilich festgestellt, daß eine große Anzahl von ungesunden Wohnungen vorhanden ist und daß die Zahl der Obdachlosen ganz außerordentlich zugenommen hat. Zahlungsfähigen Familien mit vielen Kindern war es nicht möglich, ein Unterkommen zu finden. In einem Polizei-Revier befinden sich 148 Wohnungen, die den üblichen Bedingungen nicht entsprechen. Erwachsene Söhne und Töchter schlafen mit den Eltern in einer Stube 2c. Man entschied sich für die Hergabe von städtischem Terrain im Wege der Verleihung von Erbbaurechten.

Die Kommission schlägt den Weg der öffentlichen Ausschreibung des Terrains vor, damit gleichmäßig jeder Bewerber berücksichtigt werden könne, der sich den zu stellenden Bedingungen unterwerfen will, möge er nun aus Spekulation oder zur Erreichung eines gemeinnützigen Zweckes bauen wollen. Geeignetes Terrain erblickte die Kommission in den an den Weingärten und am Böllbergerwege zu beiden Seiten der Schule belegenen Grundstücken. Es wurde vorgeschlagen, 14 Wohnhäuser darauf zu errichten. Es dürfen nur Vordergebäude mit nicht mehr als 12 Wohnungen errichtet werden. Das Erbbaurecht wird für den Zeitraum von 70 Jahren bestellt. Redner ist der Meinung, daß wohlhabende Leute zu diesem Zwecke wohl Geld zu einem billigen Zinsfuße hergeben werden. Zu bedauern sei es aber, daß sich die Versicherungsanstalt Merseburg betreffs der Beteiligung sehr zurückhaltend gezeigt habe. Allerdings habe das Ministerium diese Anstalten allgemein angewiesen, betreffs der Beleihung mehr Entgegenkommen zu zeigen. Die Baukommission halte das Gelände am Böllbergerweg für diesen Zweck zu wertvoll, hat aber keinen anderen Platz vorschlagen können. Die Finanzkommission schlägt vor, versuchsweise zunächst nur acht Häuser errichten zu lassen und so beantrage er, Redner, nach dem Abänderungsvorschlage der Finanzkommission diese Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Schmidt erblickt im Erbbaurecht nicht das Allheilmittel zur Beseitigung der Wohnungsnot. Das Bedürfnis nach kleinen Wohnungen sei aber da, was daraus hervorgehe, daß die Ziffer der leerstehenden kleinen Wohnungen auf 1/2 Prozent heruntergegangen sei. Die Minister hätten betreffs Steuerung der Wohnungsnot recht gute Ratschläge erteilt, die sehr schön sind, aber nichts kosten. Wenn der Staat in dieser Beziehung etwas thun wolle, so könne er ja für seine Beamten Wohnungen errichten. Im allgemeinen tritt Redner für die Magistratsvorlage ein.

Von unseren Genossen ist folgender Antrag zu der Vorlage eingegangen:

„Die zu errichtenden 14 Häuser auf Grund des Erbbaurechts sind aus städtischen Mitteln zu beleihen, respektive die Stadt hat die Zinsgarantie zu übernehmen.

Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude außer endeten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entstehenden Aufwendungen, sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden."

Oberbürgermeister Staude sagt, man habe sich in der Kommission redlich bemüht, der Wohnungsnot Abhilfe zu thun. Das Erbbaurecht sei eine neue Institution, die aber den Gemeinden keinen Schaden bringe. Ein wirkliches Opfer bringe die Stadt dabei nicht. Die Stadt Frankfurt sei schon auf Grund des Erbbaurechts vorgegangen. Streitig sei hier in Halle nur die Grundstücksfrage. Wenn der Baukommission der Platz am Böllbergerwege zu teuer sei, so konnte sie ja einen passenderen Platz vorschlagen. Das habe sie aber nicht gethan. Der Magistrat würde sich auch schließlich mit dem Vorschlage der Finanzkommission, mit acht Häusern begnügen.

Stadtv. Albrecht erklärt sich prinzipiell für das Vorgehen auf Grund des Erbbaurechts. Allerdings könne er nur für die Vorlage eintreten, wenn die seitens seiner Genossen gestellten Anträge angenommen werden. Bedauern müsse er, daß das Material so spät ausgehändigt worden und die Vorlage erst jetzt zur Beratung gekommen ist. Die Sache habe den Anschein, als habe man den Maurermeistern betreffs des Streiks Entgegenkommen zeigen wollen. (Unruhe.) Nicht bloß durch den Evangel. Arbeiterverein, sondern auch durch die Untersuchung des Sozialdemokratischen Vereins und durch die Schrift des Redakteurs Spientz sei auf die Wohnungsnot hingewiesen worden. Die 14 Häuser seien schon ein Minimum, was man fordern könne, wenn nun ganz und gar bloß 8 Häuser gebaut werden sollen, so sei das ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Stadt könne die Zinsgarantie wohl übernehmen, was sonst in anderen Fällen bei Bahnen 2c. auch geschehe. Die Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010424-18/fragment/page=0007

sitzer der Häuser müssen angehalten werden, die Mieten nicht zu steigern, wie es ihnen gefällt. Der Magistrat muß die Garantie bekommen, daß die Häuser nicht zu Spekulationszwecken ausgenutzt werden. Ein kleiner Vorteil kann genügen. Persönlich stehe er, Redner, auf dem Standpunkt, daß bezüglich der Abvermietung und der Personenzahl in den Häusern auch Vorschriften erlassen werden müßten.

Stadtrat Schnackenburg behauptet, daß bezüglich der Schlafstellenwohnungen keine großen Uebelstände in Halle bestehen. Das, was Vorredner bezüglich der Abvermietung befürchte, werde durch erlassene Polizeiverordnungen verhindert. Die Vorlage solle besonders den Zweck haben, Unternehmer zum Bau von Arbeiterwohnungen anzuregen. Wenn man das aber wünsche, so dürfe man den Unternehmern nicht solche erhebliche Beschränkungen auferlegen. Die Mieten festzusetzen, erscheine nicht angängig. Wenn sich das Einkommen bei den Arbeitern steigere, dann erscheine auch eine Erhöhung der Miete nicht ungerechtfertigt. Daß die Mieten in den Häusern zu hoch gesteigert würden, sei nicht anzunehmen; auch der Mietspreis regele sich nach dem Angebot und der Nachfrage nach kleinen Wohnungen. Die Stadt brauche nicht gleich Zinsgarantien zu übernehmen. Sollten aber nach dieser Richtung hin Kalamitäten entstehen, so würde schon Rat geschafft werden. Die Direktion der Sparkasse würde auch eintreten.

Stadtv. Heiser meint, die Herren Sozialdemokraten wären nie zufrieden. Wann würden sie endlich einmal zufrieden sein? Eine andauernde Wohnungsnot giebt es nicht; der Mangel an Wohnungen sei nur eine vorübergehende Erscheinung. Er trete nur im vorliegenden Falle, nur einmal versuchsweise für das Erbbaurecht ein, nicht etwa aus sozialen Dingen. Durch den Zuzug vom Lande nach der Stadt seien die Wohnungen knapp geworden. Die Gesundheitskongresse ꝛc. sind schuld daran, daß keine kleinen Wohnungen mehr gebaut würden. Man habe dem Unternehmer zu viel Vorschriften gemacht und bei der Bauthätigkeit zu viel polizeiliche Fesseln angelegt. Jetzt beklagen sich nun dieselben Leute von den Gesundheitskongressen über den Mangel von kleinen Wohnungen! Wenn die Herren Sozialdemokraten behaupten, bei dem Bauen werde so viel Geld verdient, so mögen sie doch selbst Häuser bauen. Wer das Buch von Swientyn liest, der muß es als einen Frevel bezeichnen, daß sich die Sozialdemokraten das Geld nicht selbst verdienen. Wie die kleinen Wohnungen abgenutzt werden, darüber werde nichts gesagt. Auch verschweige man, daß feuchte Wohnungen durch mangelhaftes Lüften ꝛc. entstehen. Die Arbeiter wollen bei drei Zimmern auch noch eine Putzstube haben. Hohe Mieten wollen sie auch nicht zahlen (Zuruf: Und das sagen Sie, wo Sie die Löhne reduzieren). Kommerzienrat Hübner habe für seine Leute auf der Fabrik eine Badeanstalt errichtet, diese werde aber nicht einmal benutzt. Dieser Redner, dessen blühender Unsinn für sich selbst spricht, hielt es auch noch für angebracht, die Kinder der Arbeiter des Diebstahls zu bezichtigen.

Stadtrat Pütter widerlegt an der Hand eines guten Zahlenmaterials den Vorredner, daß die Wohnungsnot eine vorübergehende Erscheinung sei. Die Ähle ꝛc. seien überfüllt. Richtig wäre, daß der Arbeiter der schlechteste Mieter sei und den Hauswirten durch die Arbeitermieter viel Unannehmlichkeiten bereitet würden. Festgestellt sei aber, daß die Hauswirte nicht gern Familien mit einer großen Kinderzahl in den Wohnungen aufnehmen. Verschiedenen auch zahlungsfähigen Familien seien große Schwierigkeiten bereitet. Die Armendirektion habe im letzten Quartal 8000 M. mehr für Wohnungsunterstützungen gezahlt. Durch strenge Vorschriften bezüglich Behandlung der Wohnungen könnte in Zuschrift vielleicht erzieherisch auf die Arbeiter gewirkt werden.

Baurat Brünecke trat für die 14 Häuser ein, hält den Platz am Böllbergerweg für geeignet, da man die Wohnungen der Arbeiter, um ihnen die Bequemlichkeit nicht zu rauben, nicht zu weit entfernt von der Stadt errichten dürfe.

Stadtv. Dr. Lembier meint, man habe es nur mit einer plötzlich aufflackernden Wohnungsnot zu thun. Der Lust zum Bauen habe, solle auf Grund des Erbbaurechts bauen. Man dürfe aber nicht so weit gehen, wie die Sozialdemokraten und das wohlthätige freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte beeinträchtigen. Neben dem Recht auf Arbeit dürfe der Arbeiter nicht noch ein Recht auf eine Wohnung zu einem bestimmt niedrigen Preise verlangen. Trotzdem hätte Redner gern gesehen, wenn die vorgeschlagenen 14 Häuser erbaut worden wären. Die sozialdemokratischen Anträge bitte er abzulehnen.

Stadtv. Emmer wendet sich gegen den Stadtv. Heiser, der zu befürchten schien, daß den Unternehmern durch die Vorschläge eine Konkurrenz bereitet werde. Die Zinsgarantie ist deshalb notwendig, daß auch dem Bauhandwerker Gelegenheit geboten werden könne, auf Grund des Erbbaurechts zu bauen. Der Magistrat sollte den Arbeitern das Bauen erleichtern und nicht erschweren. Es sei bekannt, daß Sozialdemokraten schwer Hypotheken bekommen. Auch die Behörden sündigen nach dieser Richtung. Wenn Stadtv. Heiser sage, die Sozialdemokraten sollen selbst bauen, so hätten diese schon bewiesen, daß sie etwas leisten können. Wenn Herr Heiser aber über die Verrohung der Arbeiterkinder spreche, so möge er doch berücksichtigen, daß arme Leute ihre Kinder nicht so beaufsichtigen können, wie die Bourgeois. In erster Linie aber sollten solche Leute, die sich über die Arbeiter aufhalten, dafür sorgen, daß den Vätern der Kinder nicht der vereinbarte Lohn reduziert wird. Man möge dafür sorgen, daß die Arbeiter etwas verdienen, dann können sie auch mehr Miete bezahlen. Bezüglich der Abnutzung der Arbeiterwohnungen habe Stadtv. Heiser in einigen Punkten recht. Redner empfahl nochmal den sozialdemokratischen Antrag.

Hierauf ging ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Die Stadtv. Krüger und Albrecht sprachen dagegen, jedoch ohne Erfolg. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und die Ihne nach den Anträgen der Finanzkommission (8 Häuser) angenommen. Die übrigen Punkte wurden wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Eingegangen war noch ein Initiativantrag des Inhalts, die Pflasterarbeiten in Zukunft von sachverständigen und leistungsfähigen Leuten anfertigen zu lassen.

Versammlungsberichte.

Weißenfels.

Am letzten Donnerstag hielt das hiesige Gewerkschaftskartell seine Monatsversammlung ab, welche einen guten Besuch aufwies. Vertreten waren 16 Gewerkschaften mit 22 Delegierten. Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte, welche in zum Teil recht lang andauernder Debatte erledigt wurden. Vor allem nahm die Statutenberatung recht viel Zeit in Anspruch. Einem Antrag bezüglich der Unterstützung des Arbeitersekretariats durch Beiträge wurde dadurch entsprochen, daß zur Einsendung an dasselbe 15 Mark bewilligt wurden. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten im Bibliothek- und Kassenwesen wurde noch auf die Feier des 1. Mai als Arbeitsruhetag hingewiesen und den Vertretern der Gewerkschaften ans Herz gelegt, doch in ihren Organisationen nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß der 1. Mai als Arbeitsruhetag in jeder Hinsicht gebührend gefeiert werden möge. Auch sei noch bemerkt, daß für diejenigen Genossen, denen es nicht vergönnt ist, diesen Ruhetag zu begehen, die Erinnerung an denselben in Gestalt der sogen. „Maimarken" erfolgt, welche von den Delegierten ihrer Gewerkschaft in Empfang zu nehmen sind und für deren Verbreitung nach besten Kräften gesorgt werden soll. Alles Nähere bezüglich der Feier wird noch später bekannt gegeben seitens des Partei-Vorstandes resp. Vergnügungs-Ausschusses. Nachdem noch einige Punkte für die nächste Sitzung zurückgestellt, schloß der Vorsitzende gegen ¾12 Uhr die Versammlung.

H. Z.

Schkeuditz.

Sitzung des Gewerkschaftskartells. Gen. Petzold hielt einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftskartelle. Hierauf wurden die neuberatenen Statuten verlesen, welche mit einigen Änderungen angenommen wurden. Zum Punkte Maifeier wurde beschlossen, den Weltfeiertag wie bisher zu feiern und zwar früh 8 Uhr Ausflug von Müllers Restaurant aus für die Genossen, welche den Tag durch Arbeitsruhe feiern können, abends 8 Uhr Festversammlung in Müllers Restaurant, am Vorabend Illumination. Unter Punkt Verschiedenes wird eine Karte des Gen. Jakob-Leipzig sowie eine Notiz im Grundstein zur Verlesung gebracht; beides wurde einer scharfen Kritik unterzogen und wurde Gen. Walter beauftragt, die Aeußerung des Gen. Jakob, welche derselbe in Wurzen über die Kartelle gethan hat, in Mainz auf dem Maurerverbandstage zur Sprache zu bringen. Nachdem noch für die ausgesperrten Glasarbeiter 25 M. bewilligt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Gerichtsaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 22. April.

Aussichtslos erschien die Berufung des Eisendrehers Hartmann von Merseburg, der vom dortigen Schöffengericht wegen Körperverletzung und Beleidigung zu 2 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Er arbeitete in der Maschinenfabrik von Blank u. Komp. in Merseburg, hatte am 28. November v. J. mit dem Werkmeister Hupe wegen der Arbeit Streit bekommen und dann den Meister beleidigt, mit einem Hammer bedroht bezw. denselben schließlich mit einem Schmirgelholz über den Kopf geschlagen. Der Angeklagte nahm seine Berufung zurück, indem ihm die Strafe nicht zu hoch erschien.

Wegen Anstiftung zum Diebstahl und Diebstahl bezw. Hehlerei waren angeklagt die Fuhrleute Kirchner, Paul Richter, Friedrich Richter und der Fuhrwerksbesitzer Wilh. Gödicke, sämtlich aus Löbejün. Kirchner soll Ende v. Js. Braunkohlen und Bretter entwendet haben und die übrigen 3 Angeklagten sollen als Hehler bezw. Anstifter dabei beteiligt sein. Die Belastungen Gödickes und der beiden Richter beruhten aber nur auf den Angaben Kirchners. Beantragt wurden gegen Kirchner 6 Monate, gegen Paul R. 3 Wochen und gegen die beiden übrigen Angeklagten je 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erachtete aber nur Kirchner für schuldig, verurteilte diesen zu 4 Monaten Gefängnis bezw. 2 Jahren Ehrverlust und sprach die übrigen 3 Angeklagten frei.

Wegen Diebstahls wurde der 32jährige Schmied Karl Schneider von hier, vorbestraft, zu 1 Jahre und 1 Tage Gefängnis verurteilt. Er war geständig, im März d. J. aus einigen Kellern Kartoffeln und eingemachte Früchte entwendet zu haben. Von der erlittenen Haft wurden dem Angeklagten, der in Not für seine Kinder gehandelt haben will, 6 Wochen als verbüßt angerechnet.

Erfolglos war die Berufung des etwa 19jährigen Arbeiters Geske von hier, der vom Schöffengericht wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Er soll in der Nacht zum 30. Dezember den Tischler Karl Voigt auf dem Heimwege mißhandelt haben. Der Angeklagte bestritt die That, wurde aber für überführt angesehen. Besonders belastend war, daß einige von ihm geladene Zeugen die Aussagen verweigerten.

Einen groben Vertrauensbruch beging der frühere Photograph, jetzige Artist Herrmann Fritsch von hier. Er hatte im Monat März von seiner Großmutter, bei der er wohnte, 127 Mk. zum Zahlen der Miete erhalten und war mit dem Gelde nach Leipzig gegangen, wo er es verjubelte. Um die That zu vertuschen, legte er eine von ihm auf den Namen des berechtigten Empfängers gefälschte Quittung vor. Beantragt wurden 6 Monate und das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

Ein Sparkassenbuch mit 500 Mk. Einlage hatte der 20jährige Arbeiter Gustav Friedrich von hier dem Arbeiter Rockrohr entwendet. Gelegentlich eines Besuches hatte er das Buch unbemerkt aus der Kommode genommen. Er erhob darauf unter falschem Namen 115 Mk., verbrachte das Geld und wurde nun antragsgemäß zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Reiche.

Straßburg i. Westpr. Ein betrunkener Arzt. Die Strafkammer verurteilte den polnischen Arzt Dr. S. aus Lautenbach, der trunken an ein Wochenbett kam und dadurch den Tod der Wöchnerin verschuldet haben soll, zu einjähriger Gefängnisstrafe.

Waldenburg i. Schl. Großes Grubenunglück. Im Gutboldschacht der Vereinigten Glückhilf-Friedens-Hoffnung-Grube sollten gestern nacht 16 Bergleute mit einem Förderkorbe nach der sechsten Sohle einfahren. Auf der dritten Sohle stieß der Förderkorb auf fälschlich herabgelassene oder nicht zurückgezogene Klappen. Hierbei erlitten elf Personen schwere Verletzungen und mußten in das Knappschaftslazarett geschafft werden.

Meißen. Liebestragödie. Im benachbarten Gosern ermordete der 35jährige Werkmeister Ziller seine Geliebte, ein 21jähriges Mädchen, und verübte dann Selbstmord. Beide sind aus Meißen. Das Motiv ist in den Hindernissen zu suchen, die sich der ehelichen Verbindung der beiden entgegenstellten. Ziller war verheiratet und Vater von drei Kindern.

Siegburg. Waldbrand. Ein großer Waldbrand wütete von Sonntag mittag bis gegen 6 Uhr abends in den Forsten der königlichen Oberförsterei im Siebengebirge, dem ungefähr 400 Morgen Waldbestand zum Opfer gefallen sind. Nur durch die hingebende Thätigkeit der Bevölkerung, der Siegburger Feuerwehr und eines Kommandos Deutzer Pioniere ist es gelungen, des Feuers Herr zu werden.

Stuttgart. Der vielbesprochene Kupplerprozeß gegen den Wirt Karl Wiedmaier und Frau wurde am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Auf das Zeugnis des ehemaligen Ministerpräsidenten und Kriegsministers war endgültig verzichtet worden. Das Urteil lautete auf 4 Wochen Gefängnis gegen den Ehemann und 3 Wochen gegen die Frau.

Zöhlen (Sachsen). Bergmannslos. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurden die im hiesigen Carolaschacht arbeitenden Grubenarbeiter Rühle aus Groß-Dzig und Kutschenreuter aus Deuben durch hereinbrechendes Gestein getötet, ein dritter wurde verletzt. Beide Getöteten sind verheiratet.

Mannheim. Montag vormittag schlug in der Nähe der Neckarspitze ein Boot mit neun Insassen um; es gelang, fünf zu retten; die übrigen ertranken.

Vermischtes.

* **Die russische Studentin** Vera Gelo, die vor einiger Zeit infolge einer Verwechslung auf den Professor Deschanel geschossen und dabei ihre Freundin, eine andere russische Studentin, tödlich verwundet hatte, ist von dem Pariser Schwurgericht freigesprochen worden.

* **Intimes vom serbischen Königshofe.** Die böse Welt behauptete, daß die holde Draga Maschin ihrem jugendlichen Gemahl gleich nach der Hochzeit Vaterfreuden bescheert habe. Es scheint dies aber doch nicht wahr gewesen zu sein, da Alexander mehrere hervorragende Aerzte für Ende des Monats nach Belgrad berufen hat, um dort bei der in den ersten Tagen des Mai zu erwartenden Entbindung der Königin Draga zugegen zu sein.

* **Ein kunstsinniger Professor.** Nach den Baseler Nachrichten äußerte sich der Professor der Universität Basel, Dr. Andreas Heusler, in einer Sitzung des Großen Rats, als über die Bewilligung eines Darlehns an das Stadttheater verhandelt wurde, in folgender geschmackvollen Weise: „Es mangelt in der heutigen Kultur die Feinheit, die man vor hundert Jahren dem Theater entgegenbrachte. Damals beherrschten Schiller und Göthe das Theater, heute Hauptmann und Sudermann und dieses Gesindel. Wagner hat die ganze Oper verteufelt."

* **Aus der englischen „guten" Gesellschaft.** Im vorigen Jahre wurde in englischen Blättern über zudringliche „Damen" geklagt, die abenteuernd dem englischen Heere in Afrika gefolgt seien, um persönlich die Triumphe über die Söhne englischen Offizierkorps zu feiern. Gegen eine dieser lüsternen Ladies hat nun ihr Ehemann, der zweite Offizier eines Husarenregiments, die Scheidungsklage eingereicht. Frau Atherton, so heißt sie, hat nicht nur den eben erst verheirateten Herzog von Westminster, dem halb London gehört, sondern auch zahlreiche Offiziere und Geldbarone in Südafrika in ihre Netze zu locken gewußt. Man macht nun Anstrengungen, den gehörnten Gatten durch Geld zum Schweigen zu bringen; von Freunden des Herzogs von Westminster sollen ihm 800 000 Mk. geboten sein. Er will aber nicht. Vielleicht thut er's für 1½ Millionen?

* **Lasset die Kindlein zu mir kommen!** In Montealegre in Spanien spielten vor einigen Tagen mehrere Knaben im Alter von sieben bis acht Jahren in der Nähe des Pfarrhauses Ball. Dabei geschah es, daß der Ball gegen die Thür des Hauses flog. Da that sich diese auf, und der Pfarrer erschien, eine Flinte in der Hand, und feuerte auf die Knaben. Fünf von ihnen wurden verwundet, zwei darunter schwer. Die Ortsbewohner wollten den geistlichen Mordgesellen lynchen, und nur mit schwerer Mühe gelang es den behördlichen Organen, ihn vor der Volkswut zu schützen und ins Gefängnis zu schaffen. Die klerikalen Blätter aber werden jetzt wahrscheinlich wieder klagen, welchen grausamen Verfolgungen die Kirche in Spanien ausgesetzt sei.

* **Tschechischer Nationalstolz.** In Pilsen gastierte der Zirkus Henry, der nach Abschluß des dortigen Gastspiels nach Prag zu gehen beabsichtigte und auch bereits in Unterhandlungen mit dem Prager Magistrate stand. Diese Verhandlungen wurden plötzlich von Prag aus abgebrochen. Die Ursache war, daß ein Clown die tschechische Nationalehre empfindlich verletzt hatte. Der Clown, der mit einem dressierten Esel in die Manege tritt, wurde vom dummen August in tschechischer Sprache angesprochen. Der Clown antwortete nicht darauf. „Versteht Du nicht tschechisch?" fragte der andere. „Ich nicht, aber der da", erwiederte der Unglückselige und zeigte auf seinen grauen Freund, der zur Bekräftigung freudig mit den Füßen ausschlug. Ein stadträtlicher Besucher des Zirkus erblickte aber darin eine Beleidigung der tschechischen Nation und berichtete es an die zuständige Stelle in Prag, wo man unverzüglich die beleidigte Nationalehre in der angegebenen Weise rächte. — So wird der übersprannte „Nationalsinn" überall zum reinsten Blödsinn.

* **Sechsundzwanzig Jahre als Mann verkleidet.** Aus Anlaß einer beim Wiener Landesgericht durchgeführten Untersuchung kam vor einigen Tagen die überraschende Thatsache, daß eine jetzt 42 Jahre alte Frauensperson seit ihrem 16. Lebensjahre, also durch 26 Jahre, als Mann verkleidet und als Fabrikarbeiter beschäftigt war, zur Kenntnis der Behörden. Marie Kneidinger benützte von ihrem 16. Lebensjahre an, als sie sich selbst überlassen war und als Fabrikarbeiterin keine Beschäftigung finden konnte, ihr männliches Aussehen dazu, um als Fabrikarbeiter Beschäftigung zu finden. Die Verkleidung gelang, und sie leistete in Fünfhaus die schweren Dienste eines männlichen Arbeiters. Nun geschah es, daß ein junges Mädchen, eine Arbeitsgenossin, sich in den vermeintlichen Mann verliebte. Marie Kneidinger, die als Joseph Kneidinger gemeldet war, heuchelte Gegenliebe, verschob aber den Termin der Heirat jedesmal mit einer anderen Ausrede. Ein Streit, der zwischen dem „Liebespaar" entstand, führte zu einer strafgerichtlichen Untersuchung und damit auch zur Entdeckung des Geschlechts des „Joseph" Kneidinger.

Heiteres.

Freundliche Einladung. Schaulustiger: „Der Mann draußen ruft doch aus, daß der Löwe durch Reifen springt, das geschieht aber gar nicht!"

Menageriebesitzer: „Entschuldigen Sie, ich habe eben zur Zeit niemand, der in den Käfig geht und den Reifen hält. Wenn es vielleicht der Herr thun will .... bitte!"

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 20. April.

Aufgeboten: Der Schlosser Müller und Luise Sauer (Brauswarte 25 und Zinkgartenstraße 3). Der Schuhmacher Wilhelm Hoffmann und Antonie Ecke (Merschedestraße 10 und Große Märkerstraße 19). Der Oberkellner Hänsel und Margarete Brückner (Franckestraße 8 und Wilhelmstraße 19). Der Kaufmann Jarosch und Emilie Sonnensohl (Forsterstraße 2 und Marck 4). Der Fabrikbesitzer Stephan und Katharina von Holtzendorff (Alte Promenade). Der Arzt Figge und Minne Hartmann (Alten und Halle). Der Oberkellner Gentsch und Olga Schnurrbusch (Lindenau).

Eheschließungen: Der Schneider Rauchhaus und Anna Oswald (Gr. Berlin 14 und Glauchastraße 2). Der Buffetier Brückner und Frieda Lorenz (Merseburgerstraße 45). Der Heizer Stick und Elisabeth Sommer (Krukenbergstraße 11 und Augustastraße 15). Der Kaufmann Otto und Minna Haring (Dachritzstraße 7 und Krausestraße 5). Der Arbeiter Karpa und Natalie Wernicke (Gerberstraße 5 und Weingärten 3). Der Schlosser Biener und Anna Herbarth (Zeitz und Schlosserstraße 10). Der Kaufmann Teitzel und Martha Ballin (Bernburgerstraße 32 und Königstraße 1).

Geboren: Dem Böttcher Titze ein S. (Hirtenstraße 11). Dem Schlossermeister Scherde ein S. (Schweitzerstraße 23). Dem Geschäftsführer Boeckler ein S. (Schützenstraße 11). Dem Schreiber Hahn eine T. (Schlokberg 3). Dem Schlosser Rittler ein S. (Merseburgerstraße 12). Dem Arbeiter Schmidt eine T. (Thorstraße 31). Dem Buchhalter Grohmann eine T. (Pfälzerstraße 13).

Gestorben: Des Maurers Laurich S., 2 J. (Taubenstraße 9). Des Schuhmachers Friedrich S., 3 Mon. (Diesdauerstraße 1). Des Geschirrführers Stöcklein T. 3 Wochen (Mansfelderstraße 42). Des Schneiders Koch S., 4 J. (Meckelstraße 13). Der Former Gerlach, 47 J. (Hirtenstraße 1). Der Arbeiter Schenkel, 28 J. (Alsint). Der Müllergehilfe Marosky, 65 J. (Thorstraße 62). Der Arbeiter Jahn, 63 J. (Siechenanstalt). Die Witwe Ismael, 67 J. (Elisabethkrankenhaus).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 20. April.

Aufgeboten: Der Geschirrführer Schmidt und Emma Lutze (Gr. Brunnenstraße 25 und Seebenerstr. 61).

Eheschließung: Der Maurer Böhme und Karoline Schnabel (Burgliebenau und Göthestraße 1). Der Schlosser Hahn und Wanda Paris (Seifferstraße 7 und Liebenauerstraße 19). Der Kaufmann Laaß und Anna Bunge (Martinstraße 2 und Karlstraße 23). Der Arbeiter Lorenzel und Emilie Roder geb. Thielecke (Kuhnstraße 26). Der Gelbgießer Trapdorf und Ida Prätsch (Anterstraße 8 und Gabelsbergerstraße 9). Der Kaufmann Mattick und Frida Stäcker (Kannichstraße 5 und Reilstraße 5). Der Kaufmann Gentzsch und Auguste Lüscher (Albrechtstraße 48 und Laurentiusstraße 6). Der Assistent Winkler und Ella Heinicke (Blücherstraße 9 und Fleischerstraße 11). Der Eisendreher Meuer und Mathilde Lehmann (Weißenburgstraße 14 und 12). Der Arbeiter Brode und Luise Stieler (Thomasiusstraße 31 und Hertzlstraße 15).

Geboren: Dem Arbeiter Mittelbach eine T. (Talauerstraße 7). Dem Geometer Schmitz ein S. (Schmelzerstraße 6). Dem Arbeiter Haack eine T. (Schulberg 8).

Gestorben: Der Bierfahrer Kuhl, 41 J. (Eichendorffstraße 37). Des Arb. Wilhelm Chestan, 52 J. (Seebenerstraße 29). Des Kesselschmieds Hennemann S., 3 Jahre (Diakonissenhaus).

Halle (Süd, Steinweg 2), 22. April.

Aufgeboten: Der Ziegelmeister Koch und Lina Martini (Harzgerode und Steg 1). Der Kaufmann Pöhsch und Hedwig Büntig (Albrechtstraße 17 und Gr. Steinstraße 76). Der Ingenieur Hofmann und Henriette Koch (Kannenbäckerstraße 4 und Wettinerstr. 2). Der Arbeiter Theuerkorn und Emma Scheermann (Lapellenendе und Hohenthurm).

Eheschließungen: Der Briefträger Fuchsel und Minna Konold (Krukenbergstraße 5).

Geboren: Dem Kesselschmied Radisch eine T. (Pfännerhöhe 83). Dem Buchhalter Barth eine T. (Turmstraße 155). Dem Pantoffelfabrikanten Fricke eine T. (Schillershof 12). Dem Schlosser Reichert eine T. (Schmiedestraße 87). Dem Schlosser Otto ein S. (Böllberg 20). Dem Bankier Mainz eine T. (Leipzigerstraße 70-71). Dem Schuhmacher Klabunde ein S. (Merseburgerstraße 163). Dem Boraarbeiter Anthor eine T. (Bernhardstraße 11). Dem Heizer Meuter ein S. (Friesenstraße 2). Dem Arbeiter Dapra ein S. (Dorfstraße 33). Dem Arbeiter Becker eine T. (Wielenerstr. 7). Dem Diener Vogel ein S. (Landwehrstraße 14). Dem Bierbrauer Sachse ein S. (Thorstraße 26). Dem Handelshumacher Kohl ein S. (Gr. Berlin 12). Dem Oberleutnant Saal ein S. (Kirchnerstr. 21).

Gestorben: Des Witwer Jungblut, 72 J. (Meckelstraße 18). Des Buchbindermeisters Recke S., totgeb. (Martinstraße 5). Des Maschinisten Brachmann T., 2 J. (Klinik). Des Arbeiter Röhling S., totgeb. (Klinik). Des Köpser Gertig S., 2 Tg. (Böllberg 12). Des Arbeiter Müller S., 10 Mon. (Thorstr. 28).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 22. April.

Aufgeboten: Der Arzt Dr. med. Fuld und Eva Schaefe (Krukenbergstr. 21 und Sophienstr. 18).

Eheschließungen: Der Sergeant Riese und Fanny Meier (Reilstraße 128 und Wettinerstr. 20).

Geboren: Dem Arbeiter Stumpf eine T. (Wettinerstraße 27). Dem Geschirrführer Altmann ein S. (Oppnerstraße 15). Dem Zimmermann Jäncke eine T. (Eichendorffstraße 17). Dem Schuhmacher Ehrlich ein S. (Große Brunnenstraße 56). Dem Brauer Rudolph eine T. (Wilhelmstraße 4). Dem Sattlermeister Nägel eine T. (Gabelsbergerstraße 27). Dem Arbeiter Müller eine T. (Brachwitzerstraße 7). Dem Assistent Schulz eine T. (Seebenerstraße 10). Dem Schneider Böhme eine T. (Hartz 12). Dem Arbeiter Schaaf eine T. (Wittekindstraße 31). Dem Arbeiter Kreppenstedt eine T. (Felsstr. 4).

Gestorben: Des Maschinen Bauers Gierhan, 68 J. (Diakonissenhaus). Der Arb. Schimpf, 58 J. (Eichendorffstraße 21). Des Stuckateurs Bräter T., 11 Mon. (Hellenstraße 6). Des Malers Kolmsee S., totgeb. (Fleischerstraße 26). Des Kaufmanns Aumerl S., 4 J. (Hentzelstraße 26). Des Rangierers Strickrodt T., 7 Monate (Uhlandstr. 1). Der Arbeiter Kühne, 71 J. (Klinikstr. 1).

Zur Anmeldung im Standesamt ist Legitimation erforderlich. Steuerzettel sind ausgeschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010424-18/fragment/page=0008